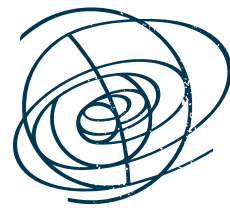


DAS DENKNETZ



RÉSEAU DE RÉFLEXION @ PENSIERI IN RETE

NR. 014 · NOVEMBER 2023

Gerechte Energiewende

Die Planung der Energiewende ist in der Schweiz bislang nicht sonderlich gerecht und bürdet die Last den Falschen auf.

Seite 5

Gesundheitskosten

Es ist ein Mythos, dass die hohen Kosten des Schweizer Gesundheitssystems auf einem Zuviel an medizinischen Leistungen beruhen.

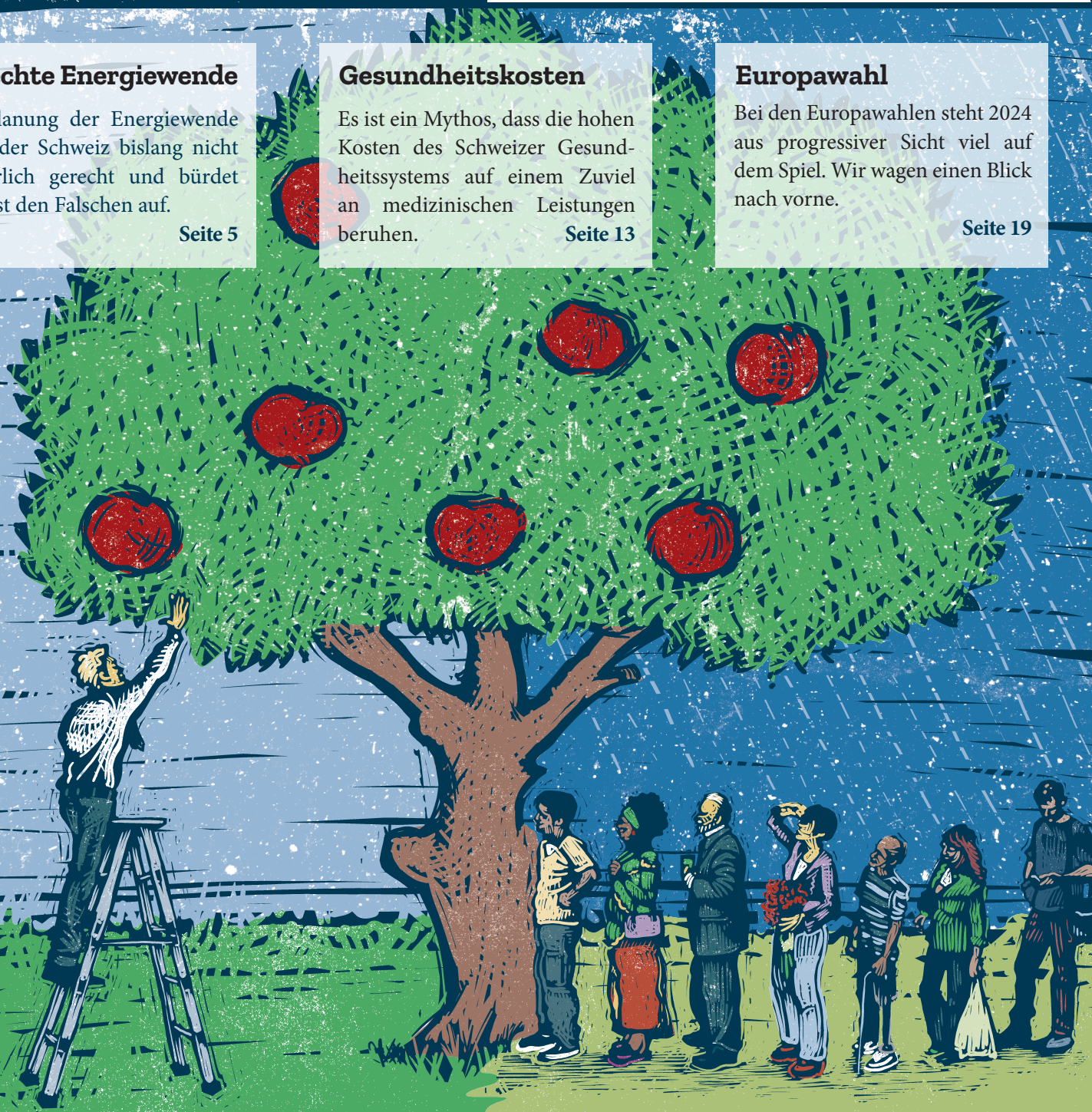
Seite 13

Europawahl

Bei den Europawahlen steht 2024 aus progressiver Sicht viel auf dem Spiel. Wir wagen einen Blick nach vorne.

Seite 19

ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FEREJE GRAFIK



UNGLEICHE DEMOKRATIEN

Machen die Wahlergebnisse vom 22. Oktober die Schweiz ungleicher? Reagieren liberale Demokratien wie die Schweiz generell stärker auf die Anliegen von Reichen als von Armen? Repräsentieren sie Männer besser als Frauen? Ja – und das müssen wir ändern! **Ab Seite 3**

P.P.
8004 Zürich

Post CH AG

Kurzporträt Denknetz

Das Denknetz ist ein sozialkritischer Thinktank von unten, der gesellschaftstheoretische und politische Grundlagenarbeit leistet. Sein Credo sind die Universalität der Menschenrechte und die Unteilbarkeit der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Das Denknetz erarbeitet Analysen, Thesen und Reformvorschläge zu Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitswelt, Bildungs- und Migrationsfragen. Wichtige Transversalthemen sind Ungleichheit, Gender, Ökologie, Demokratie und globale Verhältnisse. Das Denknetz wird getragen von seinen rund 1500 Mitgliedern. Auch von Ihnen? Normalverdienende bezahlen einen Jahresbeitrag von CHF 100.–, Nicht- und Geringverdienende CHF 40.–, Fördermitglieder unterstützen das Denknetz mit CHF 400.–.

www.denknetz.ch | info@denknetz.ch

Réseau de réflexion, groupe francophone

Depuis 2015 existe un groupe francophone du Denknetz qui se réunit à Lausanne. Il essaie d'exprimer un point de vue qui peut être spécifiquement romand sur quelques sujets traités par ailleurs dans le Denknetz. De même, il se positionne sur des thèmes qui lui semblent importants mais qui ne sont pas encore traités.

www.denknetz.ch | info@denknetz.ch

Editorial



Philipp Müller
Mitglied des Denknetz-Vorstands

Liebe Leser:innen,

Auch wenn sie insbesondere dank der unermüdlichen Arbeit der sozialen und politischen Linken markant reduziert werden konnten, haben die liberalen Demokratien die gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht aus der Welt geschafft, wie es Jonas Pontusson in seinem einleitenden Artikel unterstreicht.

In dieser Ausgabe der Denknetz-Zeitung sprechen wir zentrale Themen der Ungleichheit der Demokratien offensiv an. Die Gründe für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die ungleichen Auswirkungen der Energiekrise auf die Mieter:innen und Hausbesitzer:innen (Alice Guilbert, Marlyne Sahakian), die zutiefst beunruhigenden «heissen Jahre» in der Klimaentwicklung oder die Angriffe auf den Lohnschutz auf dem Binnenmarkt werden durchleuchtet.

Oliver Peters zeigt auf, was zu tun wäre, um die Erbringung von Gesundheitsleistungen vernünftig zu gestalten und die unteren und mittleren Einkommen zu schützen. Beat Ringger sowie Roland Herzog und Hans Schächli plädieren für eine öko-soziale Wende und für die Gründung einer schweizerischen Ökobank, um der Klimaerhitzung entgegenzutreten. Hans Hartmann und Chris Kelley sprechen sich für eine Stärkung der flankierenden Massnahmen in der Personenfreizügigkeit mit der EU und die Übernahme der Unionbürgerrichtlinie aus, um die Löhne zu schützen. David Gallusser argumentiert mit seinem Beitrag zur Rolle und Entwicklung der Mindestlöhne in der Schweiz für eine Vertiefung dieses erfolgreichen Instruments.

Gleichzeitig fordern drei Beiträge die Aktualität zentraler Anliegen der progressiven Bewegungen ein: die Wirtschaftsdemokratie in der Organisation der Arbeit (Johannes Wickli), die Verkürzung ebendieser zwecks Schaffung neuer Arbeitsplätze und der gerechteren Verteilung der Betreuungsarbeit (Hans Baumann und Robert Fluder) sowie die ausgeglichene Repräsentation der Geschlechter in den politischen Institutionen der Schweiz (Emma Conforti).

Wie es uns die Resultate der eidgenössischen Wahlen schmerzhaft vor Augen führen, besteht weiterhin ein grosser Handlungsbedarf, auch wenn das Kaufkraftthema der Sozialdemokratie Auftrieb gab. Die Europawahl 2024 dürfte in eine ähnliche Richtung tendieren, so argumentieren Regula Rytz und Andreas Rieger.

Für uns, liebe Leser:innen, ist der entschlossene Einsatz für mehr Gleichheit wie immer essenziell. Wir bleiben dran. ★

Inhalt

Ungleiche Demokratie	3
Ungleich in Krisenzeiten	5
Ungleiche Geschlechterrepräsentation – ja, immer noch!	8
Wo bleibt die Mitsprache in einer repräsentativen Demokratie?	10
Kraft der Demokratie	11
Schweizer Gesundheitssystem: Machtanspruch der Versicherer	13
Rahmenabkommen: Marktfreiheit vs. Arbeitnehmerrechte	17
Europawahl 2024: Was steht auf dem Spiel?*	19
Heisse Jahre*	22
Bessere Gewerkschaften, bessere Löhne*	25
Arbeit statt Kapital*	27
In der Schweiz wird viel und lang gearbeitet	29
Ökobank statt UBS	31
Konzernkritik? Do-it-yourself!	34
Zeit für einen Wandel*	36



Illustration: www.zersetzer.com

Ungleiche Demokratien

Politikwissenschaftliche Untersuchungen zur Ungleichheit von Demokratien erlebten ihre Initialzündung 2012 mit einer bahnbrechenden Studie von Martin Gilens.¹ Er interessierte sich darin für die Responsivität der US-amerikanischen Politik – also dafür, inwiefern die amerikanische Politik den Willen der Bevölkerung umsetzt. Für seine Studie teilte Gilens Umfrageteilnehmer:innen in Einkommensklassen ein. Anschliessend berechnete er anhand von Umfrageelementen zur Erwünschtheit politischer Reformen in verschiedenen Bereichen, wie stark verschiedene Klassen einen politischen Wandel in den einzelnen Bereichen unterstützten.

Ungleiche Responsivität

Gilens fand heraus, dass die politischen Präferenzen von Bürger:innen mit hohem Einkommen politische Veränderungen vorher sagten, während die Wünsche von

In den letzten Jahrzehnten hat die Einkommensungleichheit in den meisten liberalen Demokratien zugenommen. Insbesondere vor der Finanzkrise von 2007/08 hat sich die Konzentration von Einkommen am oberen Ende der Verteilung nochmals erhöht. Gleichzeitig scheinen demokratisch gewählte Regierungen nicht viel zu unternehmen, um diesem Anstieg entgegenzuwirken und Bürger:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen für die zunehmende Ungleichheit zu entschädigen. Das stellt die lange gültige Annahme infrage, dass Politiker:innen, die gewählt werden wollen, sich um die entscheidenden, weil zahlreichen Stimmen aus der Mittelschicht zu bemühen haben. Wie lässt sich das erklären?

Bürger:innen mit niedrigen und mittleren (!) Einkommen keinen Einfluss auf das politische Geschehen hatten, wenn sie von den Wünschen hoher Einkommenschichten abwichen.

Es ist verlockend, diese Ergebnisse als Ausdruck von Mängeln abzutun, die der amerikanischen Demokratie eigen sind, wie beispielsweise die Rolle privater Gelder in Wahlkampagnen. Allerdings

kamen nachfolgende Studien, die dieselbe Methodik auf westeuropäische Daten anwendeten, zu ähnlichen Ergebnissen.²

Wenn politischer Wandel derart allgegenwärtig zugunsten Wohlhabender verzerrt ist, muss die Erklärung dafür ebenfalls allgegenwärtig sein. Dieser Logik folgend, betonen viele neuere Untersuchungen, dass sich ungleiche Responsivität dadurch erklärt, dass Parlamentarier:innen in allen liberalen Demokratien überwiegend hochgebildet sind und typischerweise in einem gut bezahlten Job tätig sind oder waren.

Eher ungleiche Präferenzen?

Europäer:innen mit linker Gesinnung werden wahrscheinlich nicken, wenn man ihnen sagt, dass es auch hier grosse politische Ungleichheiten gibt. Aber aus wissenschaftlicher Sicht ist es schwer zu erklä-

© 2013 by the author. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in a retrieval system, or transmitted, in any form or by any means, electronic, mechanical, photocopying, recording, or by any information storage and retrieval system, without the prior written permission of the publisher.

1 Gilens, M.: Affluence and Influence, Princeton 2012.

2 Für Zusammenfassungen und Referenzen siehe Mathisen, R. et al.: Unequal Responsiveness and Government Partisanship in Northwest Europe, <https://unequaldemocracies.unige.ch/files/1616/3775/1413/wp31.pdf>.

ren, dass die Politik in Schweden genauso einseitig die Präferenzen wohlhabender Wähler:innen widerspiegelt wie die Politik in den USA. Immerhin verringern Besteuerung und Sozialausgaben die Einkommensungleichheit in Schweden in viel grösserem Mass als in den USA. Wie können wir diese beiden Beobachtungen miteinander in Einklang bringen?

Eine Lösung des Rätsels besteht darin, zu argumentieren, dass die von Gilens und seinen europäischen Nachfolger:innen vorgelegten Ergebnisse eher auf eine «ungleiche Präferenzanpassung» der Bürger:innen als auf eine ungleiche Reaktion der politischen Entscheidungsträger:innen hinweisen. Diese Erklärung geht davon aus, dass Bürger:innen mit ihren Präferenzen auf die Rhetorik politischer Eliten reagieren und dass wohlhabendere Wähler:innen, generell politisch besser informiert als einkommensschwächere, Entscheidungen antizipieren, die politische Eliten in naher Zukunft treffen.

Eine alternative Sichtweise geht davon aus, dass die weiterhin geltenden Steuer-Transfersysteme in einer Zeit eingeführt wurden, in der die schwedische Politik gleichmässiger auf die Bedürfnisse aller Bürger:innen einging als die amerikanische, und dass Schweden den USA in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten ähnlicher geworden ist.

In Bezug auf ihren politischen Einfluss sind die wohlhabenden Schwed:innen heute genauso privilegiert wie wohlhabende Amerikaner:innen. Sie lehnen Umverteilung, so diese Sichtweise, aber in geringerem Mass ab, weil sie ihre Präferenzen rückwirkend an die Nachkriegsreformen angepasst haben.

Schwindet der politische Einfluss niedriger und mittlerer Einkommensklassen?

Eine aktuelle Studie, an der ich mitgewirkt habe und die auf

“ In jüngerer Zeit gehen linke und rechte Regierungen in erster Linie auf die Wünsche wohlhabender Bürger:innen ein. ”

Daten für Deutschland, die Niederlande, Norwegen und Schweden von den 1970er- bis zu den 2010er-Jahren basiert, liefert eine vorläufige Unterstützung für die zweite Interpretation, also eine Zunahme ungleicher Responsivität über die Zeit.³ Unsere Studie unterscheidet zwischen sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen mit Verteilungseffekten und anderen politischen Veränderungen ohne diese Effekte. Wir differenzieren zudem zwischen linken und rechten Regierungen und interessieren uns für Veränderungen über die Zeit.

Wie vor uns Gilens, stellen wir fest, dass Veränderungen ohne verteilungspolitische Implikationen stets im Sinne wohlhabender Bürger:innen passierten und dass dies

sowohl für linke als auch für rechte Regierungen gilt.

Umverteilungspolitisch bedienten linke Regierungen vor 1998 jedoch die Präferenzen von ärmeren und wohlhabenderen Wähler:innen gleichermaßen. Aber in jüngerer Zeit gehen linke und rechte Regierungen in erster Linie auf die Wünsche wohlhabender Bürger:innen ein.

Insofern der politische Einfluss von Bürger:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen im Laufe der Zeit abgenommen hat, ist diese Entwicklung sicherlich durch die strategische Neuausrichtung traditioneller Linksparteien und den damit einhergehenden Veränderungen in der soziologischen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Kandidat:innen beeinflusst.

In einer anderen Studie zeigen meine Mitautor:innen und ich, dass die öffentliche Unterstützung für progressivere Einkommensbesteuerung und egalitäre Arbeitslosenunterstützung in vielen westeuropäischen Ländern generell zugenommen hat.⁴

Während sich Wähler:innen über alle Einkommensschichten hinweg für Steuerprogression aussprachen, lehnten wohlhabende Bürger:innen eine egalitäre Arbeitslosenunterstützung aber ab. Wie beeinflussten diese unterschiedlichen politischen Wünsche in der Folge steuer- und arbeitsmarktpolitische Reformen?

Wir zeigen, dass sich die Regierungspolitik der öffentlichen Meinung im Bereich der Steuerpolitik, nicht aber im Bereich der Arbeitslosenpolitik anpasste. Dieser Kontrast kann als ungleiche Responsivität zugunsten Wohlhabender gelesen werden. Ebenso richtig ist aber, dass Steuererhöhungen für Besserverdienende eher dem Sparkonsens der 2010er-Jahre entsprachen als Erhöhungen der Arbeitslosengelder für Geringverdienende.

Regeln der liberalen Demokratie genügen nicht

Die meisten Forscher:innen sind sich einig, dass Bürger:innen mit niedrigem Einkommen politisch weniger gut repräsentiert sind als Bürger:innen mit hohem Einkommen. Zwar können wir davon ausgehen, dass sich die politischen Präferenzen der Wähler:innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen in der Regel durchsetzen, wenn sie (a) mit den Präferenzen der Wähler:innen mit hohem Einkommen übereinstimmen und (b) mit den Erfordernissen des makroökonomischen Managements nach dem Verständnis der politischen Eliten übereinstimmen. Aber wie sieht es darüber hinaus aus?

Die Erfahrungen des New Deal in den USA und ähnlicher «Nachkriegsregelungen» in Westeuropa legen nahe, dass sich Bürger:innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen politisch gegenüber wohlhabenden Bürger:innen durchsetzen können, wenn ihre Forderungen einem permissiven makroökonomischen politischen Konsens entsprechen und politische Parteien mit einer prinzipiellen und Verpflichtung zur Umverteilung im Parlament präsent sind.

Ich bin aber überzeugt, dass die Regeln der liberalen Demokratie allein keine gleiche Demokratie für alle gewährleisten. Von Wähler:innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen gewünschte Reformen werden auch in Zukunft nicht umgesetzt werden, wenn sie von den Präferenzen der wohlhabenden Wähler:innen abweichen. Hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf. ★



Jonas Pontusson

ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Genf und leitete das bis 2022 laufende europäische Forschungsprojekt «Unequal Democracies».

Aus dem Englischen übersetzt von Nadja Mosimann.

3 Ebd.

4 Rosset, J./Pontusson, J./Poltier, J.: Redistributive Policy Preferences and Government Responsiveness to Public Opinion, <https://unequaldemocracies.unige.ch/files/5016/8071/1722/wp41.pdf>.

Ungleich in Krisenzeiten

Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine rückte die Frage der Energieabhängigkeit der Schweiz letztes Jahr in den Fokus der Öffentlichkeit. Bereits im Sommer berichteten Schweizer Medien ausführlich über drohende Energiepreisinflation, Versorgungsengpässe und Stromausfälle. In der Schweiz war Energie lange Zeit kaum ein Thema in der breiten Öffentlichkeit, aber zwischen Juni und Dezember 2022 enthielten 45.000 Zeitungsartikel in der Westschweiz das Wort «Energie» - eine Verfünffachung gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Die Energiewende war in politischen Kreisen bereits vor 2022 diskutiert worden, und verschiedene Schritte waren geplant, doch erst der besondere Kontext des letzten Winters wirkte als Katalysator für die Umsetzung verschiedener Massnahmen und zeigte Schwachstellen in der Planung der Energiewende auf, nicht zuletzt in Bezug auf eine sozial gerechte Wende.

Das Schreckgespenst aus Energieknappheit und Versorgungsunterbrechungen hat seinen Ursprung in mehreren, miteinander verknüpfte Faktoren, wie etwa dem anhaltenden Krieg in der Ukraine, den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserkraft, den Beziehungen zwischen der Schweiz und dem europäischen Energiemarkt und der Situation nach der Covid-Pandemie.

Die institutionellen Antworten auf diese Herausforderungen sind vielfältig und reichen von Initiativen des Bundes bis hin zu Massnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene. So entschied sich

etwa der Kanton Genf, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem er Massnahmen in seinen eigenen Gebäuden ergriff, gleichzeitig aber lediglich Empfehlungen für eine individuelle Verbrauchsreduzierung herausgab.

Wie kommen Haushalte mit der Energiekrise zurecht?

Empfehlungen, Massnahmen, institutionelle Diskurse und Medienberichte haben verschiedene Menschen auf sehr unterschiedliche Weise beeinflusst. Eine von uns im vergangenen Winter an der Universität Genf durchgeführte Forschung ermöglicht es uns, die Energiewende auf den

Aspekt eines gerechten Wandels hin genauer zu untersuchen. Unsere Studie basiert auf repräsentativen Umfragen in Genf, in der Waadt und im Wallis sowie auf Interviews mit Haushalten und Gebäudeverwalter:innen in Genf.

Die bisherige Forschung zur Energiearmut zeigt einen Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Verletzlichkeit von Haushalten und deren Wohnverhältnissen auf. Sie lehrt uns auch, dass Verletzlichkeiten und Wohnverhältnisse beeinflussen, wer sich Energie leisten kann, Zugang zu ihr hat oder ihren Verbrauch beeinflussen kann. Wir konzentrierten uns

« Ver-
letzlichkeit
von Haus-
halten und
deren Wohn-
verhältnissen



in unserer Forschung darum auf die Frage, wie Haushalte mit der «Energiekrise» zurechtkamen, wie sie ihren Energieverbrauch änderten und wie soziale Merkmale beides beeinflussten. Wir waren auch an Wechselwirkungen zwischen Energiesparabsichten und dem Kontext, in dem Haushalte funktionieren müssen, interessiert.

Energienutzung als soziale Praktik

In Anlehnung an Schatzki¹ betrachten wir Energienutzung als soziale Praktik. Solche Praktiken setzen sich aus materiellen Regeln, Kompetenzen und Normen – also dem, was sein kann oder sein sollte, darunter auch Rechtsnormen –

1 Schatzki, T.R.: Social Change in a Material World, London 2019.

Thermische Behaglichkeit ist keine rein physische Angelegenheit.

zusammen. Dieses Verständnis von Energienutzung als Sozialpraxis lenkt die Aufmerksamkeit weg von individuellen Verhaltensweisen: Praktiken sind immer kollektiv und können in der Art und Weise, wie sie individuell ausgeführt werden, variieren. Sozialer Wandel entsteht in dieser Lesart durch das Experimentieren mit neuen Praktiken, also durch Änderungen in Routinen und Gewohnheiten, und setzt keine «rationalen Entscheidungen» voraus. Finanzielle Erwägungen spielen zwar eine Rolle, aber es braucht mehr als monetäre Bedenken, um eine Praxis zu ändern.

Gleiche Energiesparkkampagne für ungleiche Haushalte

Um unsere Ergebnisse zusammenzufassen: In Genf wurde im Rahmen einer gut sichtbaren Kampagne mit Flugblättern und Plakaten eine Reihe praktischer Empfehlungen zum Energiesparen an die Einwohner:innen kommuniziert, zum Beispiel das Abdecken von Kochtöpfen oder das Lichterlöschchen bei Nicht-Gebrauch. In Genf ansässige Personen wurden zudem aufgefordert, Räume auf maximal 20°C zu heizen, zusätzliche Kleidungsschichten anzuziehen und Rollläden zu schliessen, um Wärme zu sparen. Die Kampagne zielte zwar darauf

ab, alle Menschen in ein umfassendes und kollektives Bemühen um Energiesparsam-

keit einzubeziehen, zeigte aber auch die damit verbundenen Probleme auf. Wieso?

Erstens priorisieren solche Kampagnen nicht zwischen verschiedenen Bereichen des Energiesparens. So ist es beispielsweise für Energieeinsparungen wichtiger, die Heizung um zwei Grad herunterzudrehen als das Licht auszuschalten. Zweitens berücksichtigen sie Unterschiede in den sozialen und materiellen Verhältnissen von Haushalten sowie deren unterschiedliche Verbrauchsniveaus nicht. Wenn man beispielsweise die Heizung in einer schlecht isolierten Wohnung um ein Grad herunterdreht, führt dies zu mehr Unbehagen als in einer energieeffizienten Wohnung. Drittens berücksichtigen sie die ungleichen Handlungsmöglichkeiten unterschiedlicher Haushalte nicht: Einige haben einen viel grösseren Spielraum, um sinnvoll Energie zu sparen – und sich dabei gut zu fühlen –, als andere. So ist es in einigen Mehrfamilienhäusern unmöglich, die Heizung in einzelnen Räumen oder Wohnungen herunterzudrehen. Zudem werden Energiekosten oft zu gleichen Teilen auf alle Mieter:innen umgerechnet. Im Gegensatz dazu gaben viele Eigentümer:innen in unserer Umfrage an, die Gelegenheit genutzt zu haben, um in Energiesparmassnahmen in ihrem Haus zu investieren.

Energieungerechtigkeiten

Sowohl in Krisensituationen als auch beim Bemühen um Energieeffizienz – also bei der Verringerung des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Bedürfnisbefriedigung – ist es zwingend erforderlich, Unterschiede zwischen Menschen, Haushalten und Gebäuden zu berücksichtigen: Beim Streben nach einer signifikanten Verringerung des Energieverbrauchs kann ein universeller Ansatz, der für alle gilt, weder gerecht noch angemessen sein.

Zum einen ist thermische Behaglichkeit keine rein physische Angelegenheit oder ein rein technischer Standard dessen, was eine thermische Struktur gewährleisten muss. Sie beinhaltet vielmehr eine tiefgreifende Verbindung zwischen dem menschlichen Körper und der gebauten Umwelt.² Faktoren wie Alter, Geschlecht, körperliche Gesundheit oder der spezifische Zweck einzelner Räume spielen hier eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus sind unsere Erwartungen an das eigene Wohlbefinden gesellschaftlich geprägt und mit Normen, früheren Erfahrungen und kontextuellen Faktoren verwoben.³

Zum anderen sind Temperaturunterschiede innerhalb von Gebäuden unvermeidlich. Stockwerk, benachbarte Einheiten, Ausrichtung und Exposition einer Wohnung gegenüber äusseren Einflüssen sind alle relevant. Während der Interviews hörten wir von Wohnungen, in denen Temperaturen von 16° oder 17° Celsius registriert wurden. Das führte zu Schimmelbildung an den Wänden oder zu kalten Kinderzimmern; nicht isolierte Fenster mussten mit Klebeband abgedeckt werden und energieintensive Strategien, wie der Kauf elektrischer Heizgeräte, kompensierten die Kälte.

Lücken in der Energiesuffizienz

Energieungerechtigkeiten werden nicht nur durch das Ausblenden unterschiedlicher Verletzlichkeiten befeuert, sondern auch durch Lücken in der Energiesuffizienz. Bei Gebäuden liegt eine «Leistungslücke» vor, wenn ihr tatsächlicher Energieverbrauch höher (oder tiefer) ausfällt als in der Bauphase erwartet und geplant.⁴ Was wir auch festgestellt haben: Die Menschen hatten zwar die Absicht, ihren Energieverbrauch zu minimieren, aber sie waren dazu einfach nicht in der Lage.



Diese Lücke in der Fähigkeit, Energie zu sparen, beruht auf strukturellen, materiellen, finanziellen und institutionellen Zwängen. Sie verhindern die Umsetzung substanzieller und dauerhafter Veränderungen im Energieverbrauch jenseits von Kleinmassnahmen wie dem Lichterlöschchen.

Erstens verfügten die Bewohner:innen von Einfamilienhäusern in der Regel über mehr Wissen und Kontrolle über ihre Heizgewohnheiten als die Bewohner:innen von Mehrfamilienhäusern. Letztere erlebten oft deutlich tiefere Raumtemperaturen im Vergleich mit früheren Wintern, ohne dass sie selbst darüber bestimmt hatten.

Zweitens hatten Hauseigentümer:innen die Möglichkeit, neue Heizsysteme zu installieren oder die Isolierung ihrer Häuser zu verbessern. Demgegenüber hatten Mieter:innen nur begrenzten Einfluss auf das Gebäude, in dem sie lebten und das mitunter sehr energieineffizient war. Auch Hausverwaltungen verfügten über einen begrenzten Spielraum beim Energiesparen.

© 2017 by the author(s). Published by De Gruyter. This work is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License.

2 Gandy, M.: Cyborg Urbanization. Complexity and Monstrosity in the Contemporary City, in: International Journal of Urban and Regional Research 29(1), 2005, S. 26–49.

3 Shove E. et al.: The Dynamics of Social Practice. Everyday life and how it changes, London 2012.

4 Gram-Hanssen, K./Georg, S.: Energy performance gaps. Promises, people, practices, in: Building Research & Information 46(1), 2017, S. 1–9.



Personen mit geringerem Einkommen hatten zudem, drittens, wenig Mittel, um in bessere elektronische Geräte zu investieren, oder ihren Verbrauch zu optimieren – vor allem, weil sie bereits zuvor weniger Energie konsumiert hatten als gut Verdienende.

In denjenigen Haushalten, welche solche Lücken erlebten, fanden wir auch vermehrt finanzielle Ängste, Zukunftspessimismus, Gefühle der Ungerechtigkeit im Hinblick auf den politischen Umgang mit der Energiekrise und geringeres Vertrauen in die politischen Institutionen. Unterschiedlich ausgeprägte Ängste vor Preissteigerungen und Stromausfällen widerspiegelten zudem Ungerechtigkeiten im Energiebereich: Während die Mehrheit der Einwohner:innen der französischsprachigen Schweiz «ein Problem mit der Preiserhöhung» hatte, wirkten sich die Energiepreise wegen fehlender Subventionen für Strom und Wärme stärker und dauerhafter auf die Finanzen von Haushalten mit geringerem Einkommen aus.

Insgesamt zeigt unsere Forschung, dass jene soziale Schichten, die bereits die negativen Externalitäten von Energiekrise und -wende

in der Schweiz tragen, diejenigen sind, die in diesen Prozessen am wenigsten handlungsfähig sind und angesichts eines bereits relativ tiefen Energieverbrauchs auch den geringsten Handlungsspielraum haben.⁵ Und doch sind es diese Gruppen, an die sich die allgemeinen Sensibilisierungskampagnen und Empfehlungen vordergründig richten!

Wie weiter?

Insgesamt ist es notwendig, Ungleichheiten im Energiebereich anzusprechen und gerechte Lösungen in Krisenzeiten oder bei den Bemühungen um Energiesuffizienz zu fördern: Soziale Gerechtigkeit muss zum Kern eines jeden Diskurses und einer jeden Aktion im Rahmen der Energiewende werden. Solche Überlegungen sind zwingend, wenn es darum geht, künftige Energiekrisen zu antizipieren oder eine gerechte Energiewende anzustreben, die auf die Schweizer Strategie der Netto-Null-Emissionen bis 2050 ausgerichtet ist. Was heisst das im Einzelnen?

Erstens müssen Massnahmen im Energiebereich künftig Verletzlichkeit und Vielfalt von Bewohner:innen, Raumnutzungen und Gebäuden berücksichtigen. Hierfür müs-

sen sie auf die Handlungsfähigkeit der Bewohner:innen und den Kontext verschiedener Energiesysteme, also unterschiedliche Prozesse von der Produktion über die Verteilung bis zum Gebrauch von Energie, zugeschnitten sein. Daneben gilt es, Massnahmen entlang einer zu entwickelnden Gebäudetypologie zu erarbeiten und die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder von Personen, die von zu Hause aus arbeiten, zu berücksichtigen. Thermische Behaglichkeit ist kein universelles Konzept, sondern von den Aktivitäten und Eigenschaften der Bewohner:innen sowie der Infrastruktur von Gebäuden beeinflusst.⁶

Zweitens: Anstatt Mieter:innen die Last geringfügig energiesparender Massnahmen aufzubürden, müssen Immobilieneigentümer:innen weiter bei der Umsetzung notwendiger Veränderungen – wie der Verbesserung der thermischen Leistung von Gebäuden – unterstützt werden. Hierfür müssen wir verstehen, was sie daran hindert, in Energieeffizienz zu investieren.

Drittens ist es entscheidend, mehr Menschen ein Verständnis von Energiesystemen zu vermitteln, also von Produktion, Verteilung und Gebrauch von Energie: Zu komplexe Energiesysteme in Gebäuden machen deren Bewohner:innen passiv. Darum müssen Energiekreisläufe und Energierechnungen, ob kollektiv oder individuell, transparenter gemacht werden.

Anstatt sich auf die begrenzte und falsche Vorstellung zu verlassen, dass bessere Informationen allein zu Ergebnissen führen – was zudem die Last von Krise und Wandel immer denselben Personengruppen aufbürdet –, müssen Haushalte auf eine partizipativere Art und Weise in die Energiewende miteinbezogen werden. Und die Verantwortung muss endlich denjenigen Akteur:innen

aufgebürdet werden, die eher in der Lage sind, substanzielle Veränderungen herbeizuführen. Die Unterschicht in der Schweiz ist migrantisch. Es gibt hier eine Überschneidung zwischen sozialer Klasse und Migrationshintergrund, die wir nicht länger ignorieren dürfen. Es ist an der Zeit, dass die reiche Schweiz die migrantischen Arbeiter:innen endlich als Teil dieser Gesellschaft anerkennt – als ebenbürtige Menschen, denen dieselben Rechte zustehen. Dazu zählt nicht nur die politische Mitsprache, sondern auch ein gutes Leben in der Schweiz. Erst dann können wir von Demokratie sprechen. ★



Alice Guilbert

ist Doktorandin an der Universität Genf.



Marlyne Sahakian

ist Professorin für Soziologie an der Universität Genf; sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Consumption & Society*.

Aus dem Englischen
übersetzt von
Nadja Mosimann.

5 Larrère, C.: Les inégalités environnementales, Paris 2017.

6 Roesler, S./Kobi, M.: The Urban Microclimate as Artifact. Towards an Architectural Theory of Thermal Diversity, Basel 2018.

Ungleiche Geschlechterrepräsentation – ja, immer noch!

In der Schweiz bleibt die politische Geschlechtergleichstellung eine Herausforderung. Trotz ihrer integrativen Institutionen ist der Fortschritt langsam. Die Problematik entspringt der Demokratietradition, in der Frauen länger ausgeschlossen wurden, als dass sie an der politischen Entscheidungsfindung mitmachen durften, und hängt zudem von der institutionellen Ausgestaltung einer Demokratie ab. Der Weg zum Wandel erfordert (noch immer) beharrliche Anstösse.

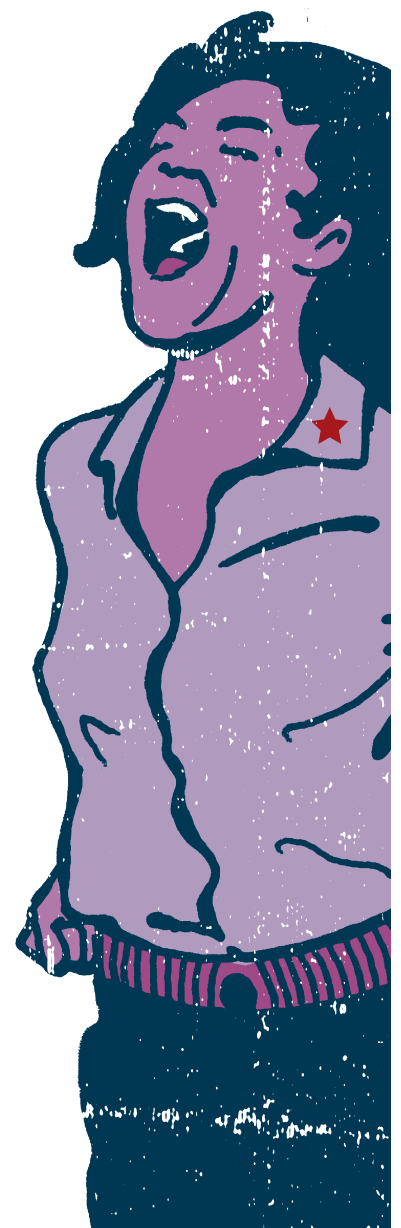
Das Funktionieren einer Demokratie hängt davon ab, ob die Bevölkerung, einschliesslich ihrer geschlechterspezifischen Zusammensetzung, in öffentlichen Ämtern widergespiegelt wird. Aufgrund dessen gewährt das Demokratien definierende allgemeine Wahlrecht allen Geschlechtern gleichen Zugang zur politischen Beteiligung und Repräsentation. Warum sind dann Frauen in Demokratien dennoch systematisch unterrepräsentiert in politischen Ämtern?¹ Die Entwicklung, wie sie die Wahlen 2019 für die Schweiz, aber auch die globale Tendenz gezeigt haben, geht in Richtung Geschlechterparität in der Politik. Damit ist die Problematik jedoch nicht hinfällig geworden, denn sie entspringt

den Ursprüngen der Demokratietheorie und -geschichte und verweist damit auf die wesentlichen Werte, unter denen demokratische Gesellschaften leben.

Frauen und der Begriff des Individuums

Tatsächlich erfolgte die Entwicklung moderner Demokratien bis zur Einführung des Frauenstimmrechts unter Ausschluss der Frauen. In der Aufklärung wurde unser modernes Demokratieverständnis geformt, bei dem Bürger als selbstbestimmte Individuen betrachtet wurden, die nicht nur ihre Zustimmung zu einer übergeordneten politischen Instanz geben, sondern auch aktiv an ihrer Gestaltung teilhaben durften. Dieser Status des Individu-

ums wurde den Frauen bis zum 20. Jahrhundert verwehrt. Darüber hinaus entwickelte sich der liberale Demokratiebegriff mit der Voraussetzung einer strikten Trennung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre. Frauen, deren Zustimmung und Teilhabe am öffentlichen Leben nicht erwünscht war, wurden daher in die private Sphäre gedrängt, in der individuelle Rechte und Pflichten Privatsache sind. Der Status des «Nicht-Individuums» bezog sich zudem auf andere Rechte, die für Frauen nicht galten: Frauen konnten kein Eigentum besitzen, keine Verträge abschliessen oder vor Gericht klagen und schliesslich hatten sie keine Rechte gegenüber ihren Ehemännern. Infolgedessen betrachtet die feministi-



¹ Die gleiche Frage lässt sich selbstverständlich auch für non-binäre Personen, Personen mit Migrationshintergrund, Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status und andere Gruppen stellen. 46(1), 2017, S. 1–9.

“ Die feministische Theorie strebt nach partizipativeren Demokratie-Modellen, um die Beteiligung von Frauen im öffentlichen Leben zu fördern. ”

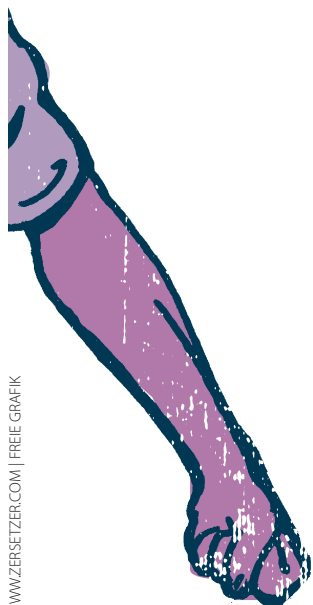


ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREIE GRAFIK

sche Theorie den Begriff Individuum mit grosser Skepsis. Unter seiner vermeintlich geschlechtsneutralen Fassade wird das Individuum unverkennbar als männlich wahrgenommen. Gleiches gilt für alle anderen zentralen Merkmale der liberalen Demokratie, wie Staatsbürgerschaft, Selbstbestimmung und die Trennung von öffentlichem und privatem Raum.

Ausgrenzung in der liberalen Demokratie

Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, dass das demokratische System, in dem wir leben, auf ausgrenzenden Prinzipien fusst. Die liberale Demokratie zielt nicht darauf ab, jede soziale Gruppe in einer Bevölkerung proportional zu repräsentieren. Stattdessen werden konkurrierende Interessen durch das nunmehr gleiche Stimmrecht der Bürger:innen vertreten. Aber kann die Einführung des allgemeinen Wahlrechts allein die Frauen aus der Privatsphäre herauslocken und ihnen eine gleichberechtigte Beteiligung an der öffentlichen Debatte garantieren, nachdem sie lange Zeit nicht als selbstbestimmte Individuen galten? Vor diesem Hintergrund strebt die feministische Theorie nach partizipativeren Demokratie-Modellen, um die Beteiligung von Frauen im öffentlichen Leben zu fördern.

Demokratische Institutionen

Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Die institutionelle Ausgestaltung einer Demokratie kann eine Rolle dabei spielen, den Zugang von Frauen zu politischen Entscheidungspositionen zu erleichtern oder zu erschweren. Hiermit sind nicht nur Frauenquoten gemeint. Demokratien können nach Mehrheits- oder Konsensprinzipien ausgestaltet sein. Eine Mehrheitsdemokratie, wie sie als Paradebeispiel in Grossbritannien zu finden ist, ist charakterisiert durch die institutionelle Konzentration der Entscheidungsmacht bei der Regierungsmehrheit. Die

effizienteste Form der politischen Partizipation in einer parlamentarischen Mehrheitsdemokratie ist das Wählen von Repräsentant:innen für eine Legislaturperiode. Im Gegensatz dazu bezeichnet eine Konsensdemokratie, wie sie in der Schweiz unter dem Begriff Konkordanz zu finden ist, ein System mit einer niedrigen Machtkonzentration. Sie zeichnet sich durch die Beteiligung mehrerer Interessengruppen in verschiedenen Phasen von Entscheidungsprozessen aus. So können Lösungen durch Kompromisse gefunden werden und nicht durch das Aufzwingen von Mehrheitsentscheidungen auf dem Rücken mehrerer Minderheiten. In einem solchen System vollziehen sich die Veränderungen jedoch vergleichsweise langsam. Der Schwerpunkt liegt entsprechend in der Integration verschiedener Gesellschaftsgruppen und nicht in der Innovationsleistung der Entscheidungen.

Die Konsensdemokratie, in der dezentralisierende Institutionen wie Föderalismus und direkte Demokratie integriert sind, eröffnet ein erweitertes Spektrum an Möglichkeiten für Frauen, sich politisch zu engagieren. Dies kann sich sowohl durch die Wahl von Repräsentant:innen, die direkte Teilnahme an verschiedenen politischen Abstimmungen oder das aktive Einbringen auf lokaler Ebene manifestieren. Die Vermutung, dass in Konsensdemokratien mehr Frauen in politischen Positionen vertreten sind als in Mehrheitsdemokratien, lässt sich tatsächlich in modernen Demokratien beobachten.

Mit Beharrlichkeit zur Gleichstellung

Bis zu den Wahlen 2019 schien die Theorie, dass Konsensdemokratien eine integrative Kraft besitzen, auf die politische Gleichstellung von Frauen in der Schweiz nicht anwendbar zu sein, da die Schweiz lange Zeit ein ungleiches politisches Geschlechterverhältnis aufwies. Anstatt nun voreilig

zu schlussfolgern, dass die politische Geschlechtergleichstellung bereits vollständig erreicht ist, müssen wir uns bewusst sein, dass wir noch immer den Weg zur Gleichstellung ebnen müssen. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels sind die Ergebnisse der Wahlen im Oktober noch nicht bekannt. Trotz der Tatsache, dass die Parteien auf einen bestimmten (teils mehr, teils weniger ambitionierten) Frauenanteil gewettet haben, gibt es allerdings mehr Gründe anzunehmen, dass es keine Frauenwahl wird; Wähler:innen lassen sich in diesem Wahlkampf von anderen Themen stärker mobilisieren.

Es ist an dieser Stelle wichtig zu erkennen, dass demokratische Institutionen gestaltet sind, um Minderheiten die Gelegenheit zur politischen Beteiligung zu bieten oder zu nehmen. Trotz der integrativen Ausgestaltung ihrer demokratischen Institutionen macht die Schweiz in Bezug auf die Überwindung der ungleichen politischen Geschlechtervertretung nur schleppende Fortschritte. Woran liegt das? An der späten Einführung des Frauenstimmrechts? Am konservativen Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat? An der mangelnden politischen Sozialisation und Integration von Frauen? An der patriarchalen Kultur der Schweiz? Am Backlash, der in der Regel auf eine Welle des Feminismus folgt? Sicher ist: Gerade weil sich grundlegende Veränderungen in Konsensdemokratien nur langsam vollziehen, müssen wir sie immer wieder anstossen. ★



Emma Conforti

ist Soziologin und Politologin und hat zu Gender und Demokratietheorie geforscht.

Wo bleibt die Mitsprache in einer repräsentativen Demokratie?

Das erste irische Zweikammersystem wurde 1729 nach britischem Vorbild eingeführt. 1801 löste es sich wieder auf und Irland wurde direkt durch London verwaltet. Im Zuge der Unabhängigkeit wurde 1919 wieder ein Parlament gegründet, doch erst 1949 löste sich Irland ganz aus dem Commonwealth. Heute setzt sich das irische Parlament aus Präsident:in, Unter- und Oberhaus zusammen. Doch welche Mitsprache haben Bürger:innen nach dieser erkämpften Freiheit heute auf lokaler Ebene?

Zwischen 2002 und 2014 lebte ich in Irland und seit Februar sind wir wieder zurück auf der grünen Insel. Die letzten acht Jahre lebten wir in einer Gemeinde des Kantons Bern, wo ich während sechs Jahren Mitglied der GPK war. Es war dann auch dieses Engagement, und damit verbunden der vertiefte Einblick in die Gemeindepolitik, die mir die Differenz zwischen einer direkten und einer repräsentativen Demokratie aufzeigte.

Wie ist Irland politisch organisiert?

Irland ist eine repräsentative demokratische Republik. Staatsoberhaupt ist ein Präsident oder eine Präsidentin mit rein symbolischer Funktion. Der Ministerpräsident (bisher

war noch nie eine Frau in diesem Amt) steht einer Exekutive aus 15 Minister:innen vor.

Das Parlament besteht aus dem *Dáil* mit 160 Vertreter:innen, die alle fünf Jahre gewählt werden, und dem Senat, dessen 60 Mitglieder eine eher beratende Funktion haben und Gesetzesentwürfe nicht ändern können. Die Senatsmitglieder werden nicht vom Volk gewählt. Deren elf werden vom Ministerpräsidenten und sechs von bestimmten Universitäten berufen. Die restlichen 43 werden unter Kandidat:innen aus spezifischen Berufsgruppen gewählt. Gewählt werden diese von den 60 bisherigen Senator:innen, den 160 neugewählten Parlamentarier:innen und von 883 gewählten Mitgliedern der 31 lokalen Behörden.

Zentralisierung

In verschiedenen Reformen wurde das System kontinuierlich zentralisiert. Waren die 28 *Counties* Irlands zuerst in Distrikte und Stadtkreise eingeteilt, wo lokale Probleme von gewählten Behörden behandelt wurden, gibt es heute nur noch die *Counties*, und einzig die grossen Städte sind noch aufgeteilt. Mit der Zentralisierung gingen auch verschiedene Aufgaben wie das Gesundheits- und Erziehungswesen in nationale Ministerien über. Dazu kommt, dass der *County Manager* von der *Local Appointments Commission* bestimmt wird und über exekutive Vollmachten verfügt. So konnte er oder sie bis zur letzten Reform 2014 Beschlüsse der gewählten Mitglieder des *County Councils* rückgängig machen, was heute jedoch nicht mehr möglich ist.

Die Grenzen der Teilhabe

Wie wirken sich diese Strukturen auf die Teilhabe auf lokaler Ebene aus? Budgets und Jahresrechnungen werden im *County Council* besprochen, das von gewählten Mitgliedern verschiedener Parteien besetzt ist. Protokolle der Sitzungen werden nicht publiziert. Zwischenberichte der Verwaltung zu laufenden Geschäften in unserem *County* werden auf der Webseite veröffentlicht. Der letzte Bericht

stammt allerdings vom April 2022! Eine direkte Einflussnahme der Bevölkerung ist nicht möglich.

Als Beispiel mag ein lokales Strassenbauprojekt dienen, gegen das es Demonstrationen gab, eine Unterschriftensammlung und sogar Strassenblockaden, das aber trotzdem gebaut wurde. Es gab zwar Informationsabende, doch keine Abstimmung. Ein Referendum ist nicht möglich und das Projekt wurde vom *County Manager* durchgedrückt.

Irland kennt Referenden, so über gleichgeschlechtliche Ehen oder die Legalisierung von Abtreibungen, die beide angenommen wurden. Doch das sind Plebiszite (wie etwa die Brexit-Abstimmung in Grossbritannien), da von der Regierung dem Volk vorgelegt.

Fazit: Für Bürger:innen ist in Irland eine direkte politische Mitsprache fast nicht möglich. ★



Urs Tobler

ist pensioniert und lebt mit seiner Familie in Kilkenny, Irland.

Kraft der Demokratie

Im Juni 2023 gastierten die Historikerin Elisabeth Joris und der Publizist Roger de Weck im Sissacher Kultur-Bistro «Cheesmeyer». Dies im Rahmen monatlicher Gespräche: «Für eine friedliche Zukunft». Wir diskutierten über das Verhältnis der Schweiz zu Europa, welches in diesem Artikel mit ungleichen Demokratien und Bündnisfragen verknüpft wird.

Ein konservativer Politiker kritisierte mich vor dem erwähnten «Cheesmeyer-Talk», ich würde stets «so Linke und Progressive à la De Weck» einladen. Ein spät radikalisierte Banker monierte hingegen, der frühere SRG-Direktor sei doch längst in den Neoliberalismus abgedriftet. Ich wies den ehemaligen UBS-Vize gern darauf hin, was de Weck in seinem Buch «Nach der Krise» (2009) geschrieben hat.

Markt ist Macht

De Weck (2009, S. 7ff.) erblickt im Kapitalismus eine Religion. Er schmäht den Casinokapitalismus und skizziert, wie dieser zum Neoliberalismus mutierte. Und da hülfe mehr Eigenkapital der Banken, Aufsichten über Hedgefonds und technokratische Vorkehrungen eben wenig. Der Kapitalis-

mus müsse sich vielmehr gründlich erneuern. Denn er habe sich «nicht nur von der Realwirtschaft, sondern auch von der Realität» entfernt und fast alle Kontrollen der weltweiten Geldströme abgeschafft. Immer mehr Kapital fliesse in die Spekulation, so de Weck. Das habe auch Gewerkschaften geschwächt und den Kapitalismus gestärkt, zumal seit 1989 der äussere Druck ausblieb.

De Weck postuliert ein «Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital». Neoliberale polemisieren dagegen. Sie geben vor, der Markt bestimme den Wert der Arbeit. Und sie legitimieren soziale Ungleichheiten, die unsere Gesellschaft zwar entdemokratisieren, aber angeblich dynamisieren. «Markt ist Macht», so de Weck. Mächtige Unternehmen wollten,

“ Er schmäht den Casinokapitalismus und skizziert, wie dieser zum Neoliberalismus mutierte. ”

totalitär strukturiert, den Markt beherrschen. Oft kauften sich Marktmächtige auch die Politik. «Nie war die Vorherrschaft der (Finanz-)Wirtschaft über den Staat so gross wie in den vergangenen drei Jahrzehnten.» (ebd., S. 32). Der herkömmliche Kapitalismus privilegiere Eigennutz, Kapital, Markt und Wachstum. Er orientiere sich am «Kult des Zweckmässigen», und die «eiserne Faust des Marktes» ignoriere den Gemeininn.

De Weck will eine lebendige Marktwirtschaft sozial gestalten, eigene Initiativen systemisch fördern und den (internationalen) Steuerwettbewerb stark begrenzen. Er engagiert sich für eine ökosoziale Marktwirtschaft und eine «ausgewogene, stabile globale Ordnung», die demokratisch und liberal ist. Seine Konzeption

Denknetz x AKM | Online-Reihe

DEN WANDEL DEMOKRATISCH GESTALTEN

Donnerstag | 22. Februar 2024 | 19.30 – 21.00 Uhr
Felix Heidenreich: Wie zukunftsfähig ist die Demokratie?

Die Vielfachkrise und insbesondere die fatale Klimaerhitzung machen einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel nötig. Ein solcher Wandel stellt Demokratien vor immense Herausforderungen, das macht nicht zuletzt das weltweite Aufkeimen des Faschismus deutlich. Ist der notwendige Wandel demokratisch machbar? Was können Demokratien unternehmen, um ihn erfolgreich zu gestalten? Und wie müssen sich Demokratien weiterentwickeln, damit der Wandel möglich wird?

Diesen Fragen geht die vom Denknetz und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung organisierte Online-Reihe «Den Wandel demokratisch gestalten» nach. Drei Termine. Drei Denker:innen. Viel zu besprechen.

Anmeldung



SCAN ME

Weitere Termine folgen im Newsletter:



SCAN ME

“ Wie ungleich Demokratien sind, veranschaulicht die Studie «Die soziale Zusammensetzung der Parlamente» ”

ähnelt der Neuen Weltwirtschaftsordnung, welche die UNO proklamiert. Ein fairer Handel muss soziale Kosten und Umweltbelastungen berücksichtigen und die Preise für Rohstoffe und industriell gefertigte Güter aufeinander abstimmen. Das könnte dem globalen Süden beträchtliche Mehreinnahmen beschern, erfordert aber auch eine intern gerechtere Verteilung und politisch demokratische Strukturen.

Europäische Einigung

Westliche Regierungen stützen laut de Weck den (kapitalistischen) Wahnsinn, indem sie die im Kasino erzielten Gewinne kaum besteuern. Der Spagat zwischen politischem Nationalismus und wirtschaftlichem Internationalismus verspanne auch die Schweiz, bemerkte er im Juni 2023 im «Cheesmeyer» und schlug einen «grossen kontinentalen Kompromiss, eine Europäische Eidgenossenschaft» vor. Diese könnte voller Konflikte und Fehler sein, aber trotzdem eine Erfolgsgeschichte. Die Schweiz sei allerdings seit der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs bei der unerlässlichen Neuordnung des eigenen Kontinents «der schadenfreudige Zaungast» geblieben. Sie pflege kein Verhältnis zur europäischen Einigung, die versuche, Krisen friedlich zu bewältigen.

«Seit ihren Anfängen», ergänzte Elisabeth Joris, Autorin zahlreicher «Frauengeschichten», «ist die EU ein zentraler Faktor europäischer Friedenssicherung.» Die von der EU erlassenen Richtlinien hätten zudem «Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft weit über Europa hinaus». Sie verlangten globale Verantwortung für Menschen- und Umweltrechte. Deshalb erwartet die Historikerin, «dass die Schweiz sich als Teil von Europa versteht und sich politisch aktiv einbringen will».

Ein EU-Beitritt könnte die Quoten von Frauen in führenden Positionen erhöhen und Care-Arbeiten, Genderanliegen und die Sozialpolitik aufwerten. Ernüchternd seien indes der russische Angriff auf die Ukraine sowie weitere Kriege und rechtspopulistische Auftriebe in diversen Staaten. Sie trüben Joris' alte Zuversicht. Neue Hoffnungen setzt sie auf eine föderale EU von unten und auf globale Demokratisierung.

Ungleiche Demokratien

Roger De Weck reagierte in einem weiteren Buch über «Die Kraft der Demokratie» (2020) auf «die verkehrte Welt der rechten Propaganda» und darauf, wie «die Marktwirtschaft zur Machtwirtschaft» verkommt und «Big Data und Big Money» demokratische Ordnungen auf den Kopf stellten «Die Wirtschaft reguliert den Staat», bilanziert er und fragt, warum Liberale und Linke so defensiv blieben (2020, S. 36ff.)? Demo-

kratien wüssten der Geld- und Datengewalt riesiger Konzerne wenig entgegenzusetzen. Ein enormes Machtgefälle prägte den digitalen Ultrakapitalismus. Das Kapital spiele die Staaten gegeneinander aus. Und die meisten Länder vernachlässigten den Ausbau sozialer Infrastrukturen. So habe sich denn die Wirtschaft rasch an die latente Servilität der öffentlichen Hand gewöhnt. Und ein Staat, der sich schröpfen lasse, demotiviere den staatsbürgerlich denkenden Teil der Öffentlichkeit. Die neoliberale Politik verschärfe (a)soziale Gegensätze. Wie wahr!

Wie ungleich Demokratien sind, veranschaulicht die Studie «Die soziale Zusammensetzung der Parlamente» (2022), die Lea Elsässer und Armin Schäfer (für die Friedrich-Ebert-Stiftung) auf der Basis von Daten für Frankreich, Grossbritannien, Polen, Spanien und die Türkei untersuchten. Sie fokussierten auf Alter, Bildung, Geschlecht und soziale Klassen. Frauen, Jugendliche und mittlere Dienstklassen sind unterrepräsentiert, lautet ein Befund. Und: Während einfache Werktätige sich wirtschafts- und sozialpolitisch eher links positionierten, akademisierten sich Parlamente und politische Eliten. So zögen sich denn marginalisierte Bürger:innen immer mehr aus politischen Prozessen zurück.

Herrschende destabilisieren Demokratien auch mit Desinformation, stellte de Weck (2020) fest. Sie beeinflussten Wahlen mit viel Geld und mobilisierten autoritäre Kräfte, die lieber auf scheinbar omnipotente Anführer:innen setzen denn auf demokratische Gewaltenteilung, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit. Wie sich (ungleiche) Demokratien demokratisieren liessen, illustriert de Weck in seinem Buch anhand zahlreicher Vorschläge. Er plädiert für einen

Europäischen Gerichtshof für die Natur, für ein Stimmrecht ab dem 16. Lebensjahr, für eine Begrenzung des Steuerwettbewerbs, für transparente digitale Plattformen und direkte Demokratien mit starken Parlamenten, für eine lebendige Zivilgesellschaft, mehr Repräsentation der breiten Bevölkerung und für bürgerliche Rechte für die sogenannte ausländische Bevölkerung

Was die «Kraft der Demokratie» stärkt, debattierte Roger de Weck, der frühere Chefredaktor der Hamburger *Zeit*, der kürzlich 70 Jahre alt geworden ist, dann in einem späteren Talk Ende Oktober, zusammen mit der Nationalrätin Sibel Arslan (Basta!/Grüne). Ich halte solche Kooperationen für wichtig. Soziale und ökologische Bündnisse zwischen politischen Liberalen und demokratischen Linken können wohl eine systemische Wende der Klimapolitik erheblich fördern. ★



Ueli Mäder

ist Soziologe, emeritierter Professor an der Universität Basel. Sein Schwerpunkt ist die soziale Ungleichheit.

Machtanspruch der Versicherer

Entgegen einem weitverbreiteten Mythos beruhen die hohen Kosten des Schweizer Gesundheitssystems nicht auf einem Zuviel an medizinischen Leistungen, sondern auf einem hohen Ressourcen-Einsatz, hohen Preisen und der wenig kontrollierten Tätigkeit von niedergelassenen Spezialist:innen und Privatkliniken. Abhilfe tut not.

1960 wendete die Schweizer Bevölkerung rund 31 CHF pro Kopf und Monat oder 4.4 Prozent des Bruttoinlandproduktes für Gesundheitskosten auf. 2021 sind wir bei 827 Fr. pro Kopf und Monat, resp. 11.8 Prozent des BIP! Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Nahrungsmittelausgaben am Haushaltseinkommen von weit über 30 Prozent auf unter 10 Prozent gesunken. Das ist eine Erscheinung von reichen Gesellschaften, die es sich leisten können und leisten müssen, einen immer grösseren Anteil ihrer Ressourcen für Gesundheit auszugeben, weil die Lebenserwartung zunimmt und mit ihr der Anteil von kranken Menschen.

Gute Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und niedriger Verbrauch an medizinischen Leistungen

Wenn man die Schweiz mit den umliegenden Ländern vergleicht, also Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, fällt auf, dass der in Umfragen erhobene Gesundheitszustand der Einwohner:innen in der Schweiz deutlich besser ist als der in den umliegen-

den Ländern, und der Anteil an übergewichtigen Menschen in der Schweiz deutlich niedriger.² Erklärung dafür ist das der unterschiedliche Lebenswandel, das unterschiedliche Konsum- und Freizeitverhalten – also weniger Junkfood und mehr körperliche Betätigung –, das auf einem höheren durchschnittlichen Wohlstand und einer kleinräumigen Organisation des Landes beruht, wobei es hier insbesondere um die Distanz zwischen Arbeit und Wohnen geht.

Die Schweizer Bevölkerung geht trotz hoher Lebenserwartung weniger zum Arzt (4.3 Arztbesuche pro Jahr pro Einwohner:in gegenüber 8.1 in D-F-I-A) und lässt sich weniger im Spital behandeln als die Bevölkerung unserer Nachbarländer (0.137 Spitalaufenthalte pro Jahr pro Einwohner:in gegen 0.146). Die Schweiz hat 30 Prozent weniger Akutpflegebetten, in denen die Patient:innen auch schneller behandelt und entlassen werden. Schliesslich hat die Schweiz auch nicht mehr Spitäler pro Einwohner:in als unsere Nachbarländer.

Weswegen also die hohen Kosten?

Bekannt ist, dass die Preise für Medikamente und medizinisches Material in der Schweiz deutlich höher sind als in den Vergleichsländern. Insbesondere bei den Implantaten herrschen skandalöse Zustände mit Preisaufschlägen bis zu 200 Prozent, die rational nicht zu erklären sind. Aber auch bei den Medikamenten belegt der Gang in die Apotheke ennet der Grenze, dass die Preise für viele Produkte halb so hoch sind wie in der Schweiz.

Wenn man die eingesetzten Ressourcen anschaut, fällt auf, dass trotz vergleichsweise deutlich weniger Konsultationen in der Schweiz die Anzahl der niedergelassenen Ärzt:innen pro Einwohner:in leicht über dem Schnitt unsere Nachbarländer liegt (3.0 %). Die Anzahl der Allgemeinärzt:innen liegt leicht unter dem Durchschnitt (-3.4 %, Tendenz fallend), während die Anzahl der Spezialist:innen leicht darüber liegt (Tendenz steigend). Grob auffällig ist die Anzahl Psychiater:innen, die pro Einwohner:in

“ Bekannt ist, dass die Preise für Medikamente und medizinisches Material in der Schweiz deutlich höher sind. ”

130 Prozent über der Quote in unseren Nachbarländern liegt.

Das bedeutet also, dass Schweizer Ärzt:innen im Durchschnitt halb so viele Patient:innen behandeln wie ihre Kolleg:innen in den Nachbarländern. Das wird zum Teil mit längeren Behandlungszeiten pro Konsultation ausgeglichen, wobei unklar ist, wie viel dieser Differenz auf die geltenden Tarifstrukturen mit Zeittarifen zurückzuführen ist. Es ist also nicht erstaunlich, dass die in der Schweiz niedergelassenen Ärzt:innen in europäischen Umfragen die

1 BfS: Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens, 31.3.2023.

2 Alle Zahlen OECD Health Statistics, kopiert zwischen 21. und 23.8.2023.



ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREIE GRAFIK

höchsten Zufriedenheitswerte mit ihrer Arbeitssituation aufweisen.³ Im Spital ist Ähnliches zu beobachten: Trotz niedrigerer Hospitalisierungsrates und kürzeren Verweildauern beschäftigt die Schweiz 30 Prozent mehr Spitalärzt:innen pro Einwohner:in als unsere Nachbarländer. Es gibt hier keine statistischen Hinweise auf eine höhere Präsenz der Ärzt:innen am Bett der Patient:innen.

In der Pflege beschäftigt die Schweiz fast doppelt so viele Arbeitskräfte (+95.7 %) wie unsere Nachbarländer, wobei diese Differenz im Spitalbereich weniger stark ausgeprägt ist (+28,7 %). Erklärungsfaktoren dürften neben höheren Pflegestandards auch besser ausgebaute Spitexdienste und Pflegeheime sein. Der Einfluss der sehr hierarchischen und fragmentierten Spitalorganisation und der unterentwickelten elektronischen Kommunikation auf den Pflegebedarf wäre näher zu untersuchen.

Wo nehmen die Kosten zu?

In den letzten zwei Jahren⁴ sind die Kosten der Spitäler im stationären Bereich, der Ärzt:innen und der Pflegeheime in etwa mit der Demografie der älteren Bevölkerung gestiegen, während die Spitäler im ambulanten Bereich, die Spitex, Medikamente, Labor und Physio weit überdurchschnittlich gewachsen sind. Bei den niedergelassenen Ärzt:innen fällt auf, dass die abgerechneten Leistungen der Grundversorger:innen

“ Rentable Patient:innen (Privatversicherte) werden gern und viel operiert. ”

in absoluten Zahlen (und trotz aller Massnahmen zugunsten der Hausarztmedizin) sinken, während die abgerechneten Leistungen der Spezialist:innen *unbeirrt steigen*.

Erklären lässt sich die gesamthaft ungebremste Kostensteigerung durch folgende Mechanismen:

1. Rentable Patient:innen (Privatversicherte) werden gern und viel operiert.⁵ Es gibt aber auch rentable Untersuchungen und Eingriffe, die von ertragsorientierten Anbieter:innen bevorzugt durchgeführt werden: Die Hüftprothese für den fitten 60-Jährigen hat den gleichen Tarif (Fallpauschale) wie die Hüftprothese

für den 80-jährigen Patienten, dessen Behandlungsrisiko deutlich grösser ist. Es ist also naheliegend, dass die erste Variante für Leistungserbringer:innen überaus attraktiv ist. Ohne staatliche Kontrolle des Angebots oder Deckelung der abgerechneten Leistungen werden Anbieter:innen ihr Angebot an rentablen Leistungen kontinuierlich ausdehnen. Darum gibt es in der Schweiz besonders viel Wettbewerb in der Radiologie, Strahlentherapie, Orthopädie, Kardiologie, Urologie und der leichten stationären Chirurgie, während es keinen Wettbewerb in der allgemeinen inneren Medizin gibt.

2. Ärzt:innen rechnen Grundversorger:innen mit dem gleichen Tarif ab wie die Spezialist:innen. Während die Grundversorger:innen vor allem ihre menschliche Arbeit(szeit) verrechnen (also relativ einfach zu kontrollieren sind), rechnen die Spezialist:innen komplexe Mischungen aus technischen Leistungen (deren Preis dank technischem Fortschritt kontinuierlich sinkt) und menschlicher Arbeit ab. Sie kassieren also regelmässig die Zusatzerträge, die durch den technischen Fortschritt generiert werden, und sie sind viel schwieriger zu kontrollieren. Das ist mitunter der Grund, weshalb in fast allen europäischen Ländern Spezialist:innen von Spitälern angestellt sind oder gedeckelte Leistungen mit Globalbudgets haben. Dazu kommt, dass die Krankenversicherer seit Einführung des Tarmed 2004 Grundversorger:innen und Spezialist:innen

3 Commonwealth Fund/BAG: International Health Policy Survey 2019/2022.

4 BAG: MOKKE, August 2023.

5 Haslebacher, K./Maillard-Bjedov, T./Vuffray, V.: Zusatzversicherungen tragen zu mehr Spitalaufenthalten bei, in: Die Volkswirtschaft, August 2023.



immer *gemeinsam durch Senkung des Taxpunktwerts* abgestraft haben, wenn Leistungsausweitungen korrigiert worden sind, was die Situation der Grundversorger:innen netto verschlechtert und die der Spezialist:innen immer weiter *verbessert* hat.

3. Wenn die durch Grundversorger:innen angebotenen Leistungen dauerhaft unter dem für die Versorgung der Bevölkerung notwendigen Mass verharren, entsteht eine Versorgungs- und Koordinierungslücke, die durch unnötigen medizinischen Aktivismus gefüllt wird und zu mehr (unnötigen) Leistungen von niedergelassenen Spezialist:innen und Spitälern führt. *In dieser Situation der Grundversorgungslücke befinden wir uns aktuell.*

4. Die Tarife der Grundversicherung waren für öffentliche Spitälern schon immer zu tief (insbesondere für den ambulanten Bereich). In den letzten zwei Jah-

ren sind diese Häuser durch Kostensteigerungen (Personal, Energie, Baupreise, Zinsen) und wegfallende Quersubventionierungen (Zusatzversicherungen) finanziell zunehmend unter Druck geraten und versuchen, dies mit Mehrleistung zu kompensieren.

5. Die Medikamentenpreise steigen wegen der anhaltenden Orientierung der Pharmaindustrie auf maximale Renditen international weiterhin sehr stark, insbesondere in der Onkologie, aber auch bei anderen Krankheitsbildern, die Langfristbehandlungen notwendig machen.

Hohe Kosten führen zu Dreiklassenversicherung

Das Schweizer Krankenversicherungssystem kennt neben sehr hohen Selbstbeteiligungen auch ein Finanzierungssystem, das auf

Kopfprämien basiert. Die Schweiz ist hier eine Ausnahme: Alle unsere Nachbarländer haben sozialere einkommensabhängige Beiträge.

Aus den Kopfprämien resultieren Kosten, die für Haushalte mit niedrigeren Einkommen nicht mehr tragbar sind. Viele weichen darum auf hohe Wahlfranchisen oder Krankenkassenmodelle mit eingeschränkter Wahl des Leistungserbringers aus.

Während Ende der 1990er-Jahre nur die Hälfte der Versicherten Wahlfranchisen hatte, sind es heute mehr als 85 Prozent der Versicherten. Gleich viele sind mittlerweile in Modellen mit eingeschränkter Wahl des Leistungserbringers versichert.

Wir erleben also eine Segmentierung des Marktes in drei Versiche-

rungsklassen: Zusatzversicherte, Normalversicherte und Franchiseversicherte, die aus Kostengründen zu einem wachsenden Teil auf medizinisch notwendige Leistungen verzichten. Im Katastrophenfall eines Unfalls oder einer schweren Erkrankung haben alle Versicherten einen im internationalen Vergleich ausgezeichneten und sofortigen Zugang zu allen Behandlungen, die die moderne Medizin zu bieten hat. In einem solchen Kontext spielen die (jährlich änderbaren) Franchisen oder Versicherungsmodelle keine grosse Rolle. Darauf beruht die Empfindung, dass das Gesundheitssystem in der Schweiz eine ausgezeichnete Qualität hat. In der niederschweligen Versorgung erscheint die Schweiz aber regelmässig unter den ersten drei Ländern, in denen Versicherte mit niedrigem Einkommen aus Kostengründen auf notwendige medizinische Behandlungen verzichten.⁶

© 2020 by the author(s). All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in a retrieval system, or transmitted, in any form or by any means, electronic, mechanical, photocopying, recording, or by any information storage and retrieval system, without the prior written permission of the publisher.

6 Doty, M. M. et al.: Income-Related Inequalities in Affordability and Access to Primary Care in Eleven High-Income Countries, in: Health Affairs, 9.12.2020.



ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREIE GRAFIK

WAS IST ZU TUN?

Als Erstes muss dringend die Kostentransparenz im System verstärkt werden: Es ist nicht verständlich, dass die Schweiz keine Statistiken über die fakturierten Leistungen und Kosten der ambulanten Leistungserbringer nach Art und Fachrichtung hat, wie sie schon lange für die Spitäler besteht.

Als Zweites müssen gesetzliche Mechanismen geschaffen werden, die es ermöglichen, die Tarife nach Kategorie der Leistungserbringer anzupassen, sodass Grundversorger:innen und grosse öffentliche Spitäler anständig finanziert werden und nicht mehr systematisch zur Kasse gebeten werden, wenn Spezialist:innen und Privatkliniken überborden.

Drittens müssen die Kantone verpflichtet werden, die Prämien so zu verbilligen, dass die Haushalte maximal 10 Prozent ihres Einkommens dafür aufwenden, wie es die Initiative der SP verlangt. Das würde ihnen wieder den Anreiz und die klare und eindeutige Verantwortung geben, die Kosten im Gesundheitswesen zu steuern.

Viertens müssen systematische Anstrengungen zur Stärkung der ambulanten Medizin unternommen werden.

Schliesslich muss die Schweiz in Zusammenarbeit mit der EU neue Anstrengungen zur Senkung der Medikamentenpreise unternehmen. Die aktuelle Knappheit bei manchen billigen Medikamenten kann ein Anlass sein, ein öffentlich reguliertes Angebot aufzubauen, und bei den neuen Medikamenten sind die Bedingungen zu überdenken, unter denen Pharmaunternehmen staatlich finanzierte Forschungsergebnisse nutzen können.

Steigende Prämien führen also zu einem wachsenden Leistungsauschluss des unteren Drittels der Bevölkerung aus der Alltagsmedizin. Daran ist insbesondere bei Forderungen nach Ausweitung des Leistungskatalogs im niederschweligen Bereich zu denken, etwa Psycho- oder Physiotherapie.

Lobbys haben alle Reformvorschläge versenkt

Eine vom Bundesrat 2016 eingesetzte internationale Expertenkommission hat eine Reihe von Reformvorschlägen präsentiert, darunter die Idee von verbindlichen Kostenvorgaben, die Schaffung von mehr Transparenz, eine stärkere Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen, Parallelimporte von medizinischen Geräten, Implantaten und Medikamenten und schliesslich von mehr Gatekeeping und Kostenkontrolle im ambulanten Bereich.

Alle wirksamen Massnahmen sind bis anhin im Parlament von den zuständigen Lobbys abgeschossen worden, geblieben sind einzig zaghafte Schritte in Richtung mehr Transparenz und mehr ambulanter Medizin.

Bei Bund und Kantonen hat sich eine fatalistische Grundhaltung breitgemacht, in der auch mögliche Eingriffe zur Dämpfung der Kosten wegen fehlender Rückendeckung in

“ Es droht sogar ein erneuter Kostenschub durch die Einführung einer neuen ambulanten Tarifstruktur. ”

Regierungen und Parlamenten nicht mehr unternommen werden. Es droht sogar ein erneuter Kostenschub durch die Einführung einer neuen ambulanten Tarifstruktur, deren Schwächen von den niedergelassenen Spezialist:innen schnell genutzt werden wird, um die fakturierten Leistungen weiter zu erhöhen.

Krankenkassen wollen mehr Macht

Die Krankenkassen nutzen dieses Vakuum, um mehr Macht im System zu fordern. Der Krankenversichererverband Curafutura fordert die Einführung einer einheitlichen Finanzierung ambulant stationär (EFAS), mit der die Krankenversicherer zur alleinigen Finanzierungsinstanz für alle Leistungen des Gesundheitssystems werden sollen.

Diese Reform wird die Kantone in der Lenkung der Spitäler entmachten und ein gefährliches neues Finanzierungssystem für die missbrauchsanfällige Langzeitpflege mit sich bringen, aber an den Kostensteigerungen nichts ändern.

Anderere fordern eine Einschränkung der Wechselfreiheit zwischen verschiedenen Franchisen und Versicherungsmodellen. Sie wollen damit die Versicherten in den gewählten billigeren Modellen einbetonieren, um die Dreiklassenmedizin zu stärken und ihre Versicherungsprodukte besser differenzieren zu können. ★



Oliver Peters

ist Ökonom und hat verschiedene leitende Stellungen im CHUV und im BAG eingenommen.

Marktfreiheit vs. Arbeitnehmerrechte

Die Weiterentwicklung der Lohnschutzmassnahmen ist der Schlüssel zur «Normalisierung» des Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU.

Mit zwei Modellen zeigt Seit nunmehr bald sieben Jahrzehnten prägt die «Migrationsfrage» die politische Ausrichtung der Schweizer Gewerkschaftsbewegung entscheidend mit. Nach den traumatischen Erfahrungen des «Saisonnierstatuts» und den fremdenfeindlichen Schwarzenbach-Initiativen setzt sie seit den 1970er-Jahren immer stärker auf die Organisation und Gleichberechtigung der damals so genannten «Fremdarbeiter». Vor diesem Hintergrund beschloss der Schweizerische Gewerkschaftsbund 1992, den von Bundesrat und Wirtschaftsverbänden angestrebten EWR-Beitritt zu unterstützen – trotz berechtigter Kritik am europäischen Binnenmarktprojekt.

Nach einer hoch emotionalen Abstimmungskampagne gewann 1992 eine nationalkonservative Sammelbewegung eine knappe Nein-Mehrheit von 50,3 Prozent. Die Gewerkschaften zogen aus dieser Niederlage die richtigen Schlüsse: Eine Weiterführung des diskriminierenden fremdenpolizeilichen Migrationsregimes kam nicht infrage, die mit der angestrebten Personenfreizügigkeit verbundene Arbeitsmarktöffnung setzte aber einen wirksamen Schutz der Löhne voraus, unabhängig von Pass und Aufenthaltsstatus.

Diese strategische Neuausrichtung gab den Schweizer Gewerkschaften einen starken politischen Hebel. Mit ihm setzten sie in den Jahren 1998 bis 2005 ein Bündel von Lohnschutzmassnahmen, die Flankierenden Massnahmen (FlaM), zu den bilateralen Verträgen I und II durch und ihre Unterstützung sorgte bei den jeweiligen Volksabstimmungen für klare Ja-Mehrheiten.

Diese Abstimmungserfolge bremsen nicht nur den isolationistischen Alleingang der Nationalkonservativen, sondern wirkten sich auch positiv auf die Arbeitsbeziehungen in der Schweiz aus. So erhöhte sich seither der Abdeckungsgrad durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) markant. Für ganze Branchen für allgemein verbindlich erklärte GAV mit zum Teil deutlich verbesserten Mindestlöhnen sorgten dafür, dass – ganz im Unterschied zur europäischen Nachbarschaft – der prekäre Tieflohnbereich bis etwa 2016 klein blieb.

Erfolgsmodell unter Druck

Entscheidend dabei war, dass die Gewerkschaften es schafften, die betroffenen Arbeitgeberverbände für den Aufbau eines paritätischen Vollzugs der Arbeitsmarktkontrolle zu gewinnen. Dieses System, das sich durch die branchennahe Kontrolle und Sanktionierung durch Arbeitgeberverbände

sowie Gewerkschaften auszeichnet, erreicht eine im internationalen Vergleich einzigartige Kontrollichte. Angesichts des massiven Preis- und Lohngefälles gegenüber sämtlichen anderen Ländern in Europa ist dies auch dringend nötig, um Lohndumping wirksam bekämpfen zu können.

Doch das Modell geriet aus wirtschaftlichen, innen- und aussenpolitischen Gründen zunehmend unter Druck. Erstens konnten die FlaM Lohndumping im Baugewerbe und Prekarisierungstendenzen in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen zwar eindämmen, aber nicht flächendeckend brechen. Die Zunahme kurzfristiger und prekärer Arbeitsverhältnisse, namentlich im Personalverleih, bei unübersichtlichen Subunternehmerketten und bei den meldepflichtigen Kurzaufenthalter:innen, machte die Kontrolle des Arbeitsmarktes immer anspruchsvoller. Darum ist eine ständige Weiterentwicklung der FlaM nötig.

Zweitens wurde es mit jedem Abstimmungssieg schwieriger, den Arbeitgeber:innen neue Lohnschutzmassnahmen abzutrotzen. Das paritätische Kontrollsystem verärgerte die marktradikalen Ideolog:innen im Freisinn und in der SVP, die ihren Einfluss in den Arbeitgeberverbänden zunehmend

“ Die Zunahme kurzfristiger und prekärer Arbeitsverhältnisse machte die Kontrolle des Arbeitsmarktes immer anspruchsvoller.



ausbauen. Die fehlende Weiterentwicklung des Lohnschutzes trug dazu bei, dass die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative der SVP am 9. Februar 2014 eine hauchdünne Mehrheit von 50,3 Prozent der Stimmenden erzielte.

«Dienstleistungsfreiheit» oder Arbeitnehmerrechte?

Drittens begann die EU-Kommission, die bilateralen Verträge als – lediglich vorübergehend akzeptable – Anomalie im Binnenmarktprojekt wahrzunehmen und polemisierte zunehmend gegen angeblich «unverhältnismässige» oder «diskriminierende» FlaM.¹ Parallel dazu setzte der Europäische Gerichtshof die Dienstleistungsfreiheit gegenüber verschiedenen EU-Mitgliedstaaten in einer Reihe von arbeitnehmerfeindlichen Urteilen durch, die nicht nur gewerkschaftliche Rechte begrenzten, sondern auch die Durchsetzung von gesamtarbeitsvertraglichen Bestimmungen massiv einschränkten.

Die Kombination dieser Entwicklungen führten zum Scheitern des ersten Anlaufs für ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz. Die Verhandlungsdelegation von Bundesrat Cassis und der EU-Kommission legten im Dezember 2018 einen inakzeptablen Vertragsentwurf vor: Er hätte das paritätische Vollzugssystem dem Anliegen einer weitgehend unbeschränkten «Dienstleistungsfreiheit» für Entsendebetriebe geopfert.

Die Gegenkampagne der Schweizer Gewerkschaften schaffte es nicht nur innenpolitisch, eine «Rote Linie Lohnschutz» zu etablieren. Ihr internationaler Aufruf «Löhne statt Grenzen schützen» wurde 2019 innerhalb von



wenigen Wochen von 2000 Wissenschaftler:innen, Gewerkschafter:innen und MEP aus ganz Europa unterschrieben. Hauptbotschaft: «Das Nein zum vorliegenden Rahmenabkommen ist ein Ja zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmerrechten für alle!»

Der von Bundesrat Cassis und seinem Chefunterhändler Balzretti angerichtete Schaden war damit aber nicht behoben. Die EU-Kommission bestand auf den gemachten Zugeständnissen und verschloss dem Bundesrat einen Ausweg aus der Sackgasse, in die er sich selbst hineinmanövriert hatte. Am 26. Mai 2021 blieb ihm nichts anderes übrig, als den Übungsabbruch zu verkünden.

Wie weiter?

Hat ein neuer Anlauf für ein Abkommen bessere Chancen? Zurzeit findet hinter verschlossenen Türen ein Tauziehen statt, das darüber entscheiden wird.

Massgebliche Akteure sind dabei einerseits die EU-Kommission bzw.

ihre Unterhändler:innen. Auf dieser Seite ist bisher noch wenig Umdenken erkennbar. Nach wie vor ist zum Beispiel völlig unklar, wie weit das materiell erheblich bessere Niveau des schweizerischen Lohnschutzes² und überhaupt das paritätische Vollzugssystem akzeptiert wird.³ Auch grundlegende Elemente des Service Public sind im Visier.

In der Schweiz laufen die Fäden beim Bundesrat zusammen, der einerseits die Befindlichkeiten der EU-Kommission und andererseits die Mehrheitsfähigkeit einer Vorlage in einer allfälligen Volksabstimmung im Auge behalten wird. Die SVP steht mit ihrer fundamentalen Ablehnung der Personenfreizügigkeit zwar relativ isoliert da,⁴ holte aber mit ihrer «Kündigungsinitiative» im September 2020 immerhin 38 Prozent der Stimmen. Die Arbeitgeberverbände, hin und her gerissen zwischen ideologischer Marktgläubigkeit und je nach Branche rationalen Abwehrreflexen gegen Dumpingkonkurrenz, haben Mühe, eine Linie zu finden.

Und was tun die Gewerkschaften? Das, was sie als Lohnschutzexpertinnen am besten können: Sie schlagen ausgehend von 20 Jahren Kontrollerfahrung pragmatische, nicht-diskriminierende Lösungen vor, um Dumpinggefahren entgegenzutreten. Zusammen mit einer Übernahme der Unionbürgerrichtlinie sollten diese dazu beitragen, ein neues FlaM-Kapitel zu schreiben und so Personenfreizügigkeit samt Lohnschutz zu sichern.

Wie weit sie damit kommen, wird von verschiedenen Faktoren abhängen: vom Druck der fortschrittlichen Kräfte in der EU, welche die klare Haltung der Schweizer Gewerkschaften unterstützen und von der EU-Kommission eine stärkere Beachtung der Arbeitnehmerinteressen fordern; von der Offenheit der Schweizer Behörden, Verbesserungen zu erarbeiten; von der Bereitschaft der Schweizer Arbeitgeberverbände, ihre ideologischen Scheuklappen abzulegen; und schliesslich auch von der Einsicht bei den schweizerischen Linken und Grünen, dass es beim Lohnschutz nicht um «Abschottung» geht, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen neoliberaler Deregulierung und Arbeitnehmerrechten.

Man darf gespannt sein. ★



Hans Hartmann

ist Stabsmitarbeiter und Projektleiter für Strategie- und Organisationsentwicklung bei der Unia.



Chris Kelley

ist Co-Sektorleiter Bau bei der Unia.

© 2023 UNIA - Schweizerische Eidgenossenschaft - Confédération suisse - Confederaziun Svizra - Confederaziun Tudestga - Confederaziun Rumantscha - Swiss Confederation - Confederaziun Svizra - Confederaziun Tudestga - Confederaziun Rumantscha

- 1 So bezeichnete der Botschafter der Europäischen Union in Bern, Petros Mavromichalis, die Flankierenden Massnahmen als «unverhältnismässig» und mit den bilateralen Verträgen «unvereinbar».
- 2 U.a. wird gefordert, dass für entsandte Arbeitnehmer:innen die Spesenentschädigungen ihres Herkunftslandes gelten. Dies würde bedeuten, dass Firmen aus der EU ihren Angestellten hierzulande keine Spesen mehr auf Schweizer Niveau bezahlen müssten.
- 3 Dies ist umso bedauerlicher, als das EU-Parlament unter dem Druck sozialer Kräfte mehrere fortschrittliche Arbeitsmarktrichtlinien erlassen hat (z.B. die Mindestlohnrichtlinie) und im Oktober 2023 einen Bericht zur Beziehung EU-Schweiz verabschieden wird, der sich positiv auf die ständige Verbesserung der Flankierenden Massnahmen bezieht.
- 4 Ihre Kampagne gegen Gewerkschaften, GAV und Flankierende Massnahmen findet allerdings in neo- und ordoliberalen Kreisen durchaus Anklang.

Was steht auf dem Spiel?

Die Covid-Pandemie war eine Zäsur in der Europäischen Union. Die harte Austeritätspolitik wurde aufgeweicht und mit dem «Green Deal» ein Investitionspaket für die ökologische Transformation geschnürt. Heute stehen viele Errungenschaften der letzten Jahre auf der Kippe. Die Volkspartei EVP drängt nach rechts und bremst progressive Reformen aus. Bei den Europawahlen 2024 geht es also um viel – auch für die Schweiz.

Wenn in der Schweiz der Datenschutz verbessert oder der Treibhausgasausstoss von Autos reduziert wird, dann gibt die Europäische Union den Takt vor. Denn sie bestimmt die technischen Standards für den gemeinsamen Binnenmarkt. Geht sie dabei wie zum Beispiel beim Datenschutz oder aktuell bei der «Entwaldungsverordnung» voran, dann bleibt der Schweiz nichts anderes übrig, als «freiwillig» nachzuziehen. Andernfalls hätten Schweizer Unternehmen mit erheblichen Markteintrittshürden zu kämpfen. Und das finden hierzulande nicht einmal Europa-Skeptiker:innen gut.

Umso wichtiger wird, was in der EU passiert. Sowohl umwelt- als auch sozialpolitisch sind dort in den letzten Jahren sinnvolle Reformen beschlossen worden, sei es bei der Richtlinie über Mindestlöhne, der Förderung der Kreislaufwirtschaft oder beim Ausstieg aus der fossilen Mobilität (siehe auch Denknetz-Zeitung vom Juni 2023). Allerdings gerät der Reformmotor acht Monate vor der Europawahl 2024 ins Stottern. Nur knapp wurde zum Beispiel in diesem Sommer ein Antrag der Europäischen Volkspartei EVP abgelehnt, der das «Nature Restoration Law» verschrotten wollte. Der bayerische CSU-Politiker und EVP-Chef Manfred Weber drohte seinen eigenen Parlamentskolleg:innen gar mit dem Ausschluss aus der Fraktion, wenn sie für mehr Naturschutz stimmen

würden. Auch andere Teile des «Green Deals» sind bedroht. Interessanterweise wird das Prestigeprojekt von Ursula von der Leyen vor allem aus ihrer eigenen Parteifamilie, der EVP, bekämpft. Ob dieser Hauskrach als weberscher Racheakt für das verpasste Kommissionpräsidium zu verstehen ist oder den Wettbewerb um rechte Stimmen befeuern soll, werden die nächsten Monate zeigen.

Vor der Europawahl 2019 herrschte eine ähnlich destruktive Stimmung wie heute. Die öffentliche Debatte drehte sich damals um Migration und Terrorismus und spielte Rechtsausssen in die Hände. Grüne und Sozialdemokraten waren in vielen Ländern unter Druck. In Italien gewann die Anti-Establishment-Bewegung Cinque Stelle die Wahlen, die rechtspopulistische Lega Nord belegte den zweiten Platz. Und dann trat der grosse Change-Maker auf den Plan: die Klimabewegung. Ihre transnationale Mobilisierungsfähigkeit konnte den Trend nach rechts zwar nicht ganz stoppen, aber ihre Vehemenz, ihre Breite und die Kraft ihrer Argumente lösten eine Dynamik aus, die selbst die alten «Volksparteien» nicht ignorieren konnten.

Europawahlen 2019: Konservative Mitte im Sog der Progressiven

Bei den Wahlen ins EU-Parlament von 2019 mussten vor allem die beiden grössten politischen Frak-

tionen Federn lassen: Die bürgerliche Europäische Volkspartei (EVP) verlor fast ein Fünftel ihrer Sitze und ebenso viel die Sozialdemokraten. Zugelegt – aber ohne den vorhergesagten Erdrutschsieg – haben dafür die Rechtsausssen der «Identitätsfraktion» und der «Konservativen». Aber auch die Liberalen und die Grünen legten zu.

Unter dem Strich verlor Mitte-links 2019 Sitze. Aber es gab (noch) keinen politischen Rechtsruck. Der EVP war damals bewusst, dass die EU ihre neoliberale Politik nicht fortführen kann, ohne dass die antieuropäischen Rechtspopulist:innen weiter zulegen. Die EVP war deshalb bereit zur Zusammenarbeit mit der SP, den Liberalen und den Grünen. Dieser Allianz verdankt die EU einige progressive Schritte, vom Ausbau der Arbeitslosenversicherung über die Mindestlohnrichtlinie bis zum grossen Milliardenfonds für den Wiederaufschwung nach Corona und dem ökologischen Umbau. Der Effekt bei den EU-Bürger:innen ist sichtbar, die Zustimmungswerte zur EU stiegen wieder an. Dies führte bei einigen Rechtsausssenparteien zu einer Anpassung ihrer Position zur EU. Diese soll neu nicht mehr zerschlagen, sondern ausgehöhlt werden.

Europawahl 2024: Kippt die Mitte nach rechts?

Anfang Juni 2024 stehen nun die nächsten Europawahlen an. Wie-

“ Vor der Europawahl 2019 herrschte eine ähnlich destruktive Stimmung wie heute.

”

der wird ein Sieg von Rechtsausssen prognostiziert, aber die Lage ist differenzierter:

- Die grösste Fraktion, **die EVP**, hat 2019 so viel verloren, dass sie sich jetzt mit einigen wenigen Verlusten wird halten können. Ein grosser Verlust steht nur in Italien bevor, wo Berlusconi's Forza Italia eingebrochen ist.

- Auch die zweitgrösste Fraktion, **die Sozialdemokraten**, tritt auf tiefem Niveau an. Ihre starken Vertretungen aus Spanien, Portugal, Italien und Rumänien dürften sich halten. Insgesamt wird es keinen grossen Einbruch mehr geben.

- **Die Liberalen** der «Renew»-Fraktion werden einen Teil der grossen Gewinne von 2019 wieder verlieren. Damals gewannen zum Beispiel die spanischen Ciudadanos sieben Sitze – heute ist diese Partei ersatzlos verschwunden. Auch die Partei von Emmanuel Macron wird Federn lassen.

- **Die Grüne Fraktion** muss jetzt gegen einen Verlust an Sitzen ankämpfen. 2019 hatten zum Beispiel die französischen Grünen gleich zehn Sitze geholt, die heute kaum mehr zu halten sind.

- **Die Fraktion der Linken**, «The Left», verlor 2019 ein Drittel ihrer Sitze und ist die kleinste Gruppe im EU-Parlament. Auf dem heutigen Niveau kann sie sich voraussichtlich halten: In Frankreich (La France insoumise) und Belgien (Parti du travail) können noch Sitze dazukommen, die andernorts verloren gehen.

Und wie sieht es rechtsausen aus? Diese Parteien werden zulegen, aber erneut nicht so stark wie prognostiziert. Denn politische Kräfte, die von antieuropäischen Ressentiments leben, haben Mühe, ihre Wähler:innen an die Urne zu mobilisieren. Warum für ein Parlament abstimmen, das man abschaffen will?

- Die Fraktion der rechtsnationalistischen **Konservativen** wird insbesondere dank den Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni zulegen.

- Auch die rechtsextreme **«Identitätsfraktion»** könnte etwas wachsen, insbesondere dank der im Aufwind stehenden AfD sowie der Partei von Marine Le Pen. Starke Verluste wird dagegen die italienische Lega einfahren.

Insgesamt wiesen schon 2019 keine arithmetischen Erdrutschverschiebungen zu erwarten. Die grosse Frage wird 2024 vor allem sein, welche politische Ausrichtung insbesondere die EVP und die Liberalen wählen. Wollen sie die Mitte-links-Politik zumindest in den sozialen Fragen weiter-

führen? Oder wendet sich die «Mitte» noch stärker der Rechten zu als bisher? Versuche in diese Richtung gibt es derzeit mehrere: So bandelt der EVP-Chef Manfred Weber mit der Partei von Giorgia Meloni an. Und in Schweden und Finnland haben die EVP-Parteien zusammen mit den Rechtsextremen die Regierung gebildet.

Wer verhindert die Rechtswende?

Es drohen also stürmische Zeiten in Europa. Deshalb wollen Grüne und Sozialdemokraten bis zu den Wahlen noch so viele umwelt- und sozialpolitische Reformen

wie möglich ins Trockene bringen. Parallel dazu ist ein Streit um den EU-Haushalt ausgebrochen. Die wegen Pandemie und Ukraine-Krieg ausgesetzte Schuldenbremse soll 2024 wieder aktiviert werden, trotz steigender Teuerung, erhöhten Militärausgaben und zunehmenden Kosten für die Bewältigung von Umweltschäden. Sollte die Fiskalpolitik, wie nach der internationalen Finanzkrise, schnell wieder auf einen Sparkurs umschwenken, dann würden nicht nur Mittel für den umweltpolitisch zwingenden Strukturwandel fehlen, sondern auch der soziale Kitt (weiter) erodieren. Und zwar sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Ländern. In den Wahlprogrammen der Parteien, die Anfang 2024 vorgestellt werden, wird die soziale Frage deshalb eine zentrale Rolle spielen. Ob sich dabei fremdenfeindliche oder solidarisch-nachhaltige Vorschläge durchsetzen werden, hängt davon ab, wer vor den Wahlen 2024 besser mobilisieren kann. 2019 hat die Klimabewegung einen rechten Erdrutschsieg verhindert. Wer wird es 2024 sein? ★

Fraktionen und grosse Parteien im EU-Parlament	Anzahl der Sitze aktuell	Aussichten Wahlen 2024
Europ. Volkspartei	177	~
CDU/CSU (D)	29	~
Partido Popular (Esp)	13	↗
Forza Italia	10	↘
Sozialdemokratie	143	~
PSOE (Esp)	21	~
PD Italien	19	~
SPD (D)	16	~
PS Portugal	9	~
Liberaler	101	↘
Ciudadanos (Esp)	7	↓
Rumänien	7	~
FDP (D)	5	~
Grüne	72	~
Die Grünen (D)	21	~
Les Verts France	10	↓
Grüne Österreich	3	~
«Konservative»	66	↗
PiS (Polen)	24	~
Fratelli d'Italia	9	↑
VOX (Esp)	4	~
«Identität»	62	~
Lega (IT)	25	↓
Le Pen (FR)	16	~
AfD (D)	9	↑
Linke	37	~
Die Linke (D)	5	~
Les insoumis 8FR)	5	↗
SYRIZA (GR)	5	~



Regula Rytz

ist Historikerin, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Schweiz.



Andreas Rieger

ist ehemaliger Co-Präsident der Unia und in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Beide sind Mitglieder der AG Europa des Denknetz

Licht ins Dunkle bringen.

Das können nicht nur die Kolleg:innen von der «Washington Post», sondern auch die furchtlosen Reporter:innen der Wochenzeitung WOZ.

Deshalb: Unterstützen Sie uns durch eine Spende an den Recherchierfonds vom Förderverein ProWOZ oder werden Sie gleich Mitglied!
Beides können Sie unter: www.prowoz.ch

PROWOZ

WIDERSPRUCH

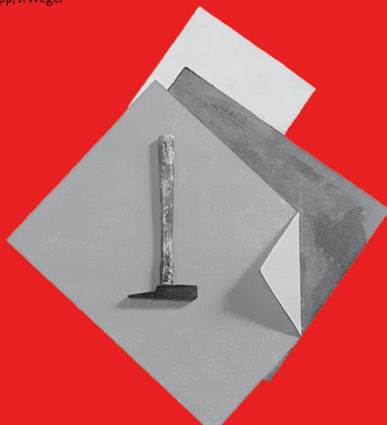
Beiträge zu sozialistischer Politik

81

Organisierung in der Krise

M. Berger, A. Berlan,
P. Bescherer, J. Bühler, P. Casula,
S. Chwala, S. Cubela, R. Flury,
J. Garitz, B. Heckens, R. Herzog,
C. Hildebrandt, D. Hügli, D. Iten,
E. Kapfinger, E. Kasakow,
A. Kaskerbai, A. Lutzke,
U. Mäder, N. Mayer-Ahuja,
Raoul Nozon, A. Rieger,
M. Roberts, H. Schäppi,
A. Spéth, G. Trepp, J. Wegner

Man könnte verzweifeln: Aufstände und Kämpfe, soweit das Auge reicht, zugleich befinden sich linke, emanzipatorische Organisationen in einer Krise. Dabei ist es eine Grundlage für gesellschaftspolitische Gestaltung, sich zu organisieren. Wie gehen die Akteur:innen – von den Gewerkschaften und dem Frauen*streik bis zur Klimagerechtigkeitsbewegung – damit um?



Organisierung in der Krise

Man könnte verzweifeln: Aufstände und Kämpfe, soweit das Auge reicht, zugleich aber eine Krise von linken, emanzipatorischen Organisationen. Dabei ist Organisierung die Grundlage für gesellschaftspolitische Gestaltung.

Wie gehen die Akteur:innen – von den Gewerkschaften und dem Frauen*streik bis zur Klimagerechtigkeitsbewegung – damit um?

ISBN 978-3-03973-012-4, Fr. 25.–

Jahresabonnement (2 Hefte) Fr. 40.–

Förder-Abonnement (2 Hefte) Fr. 150.–

Gönner:innen mindestens Fr. 500.– pro Jahr

IBAN: CH98 0900 0000 8005 6062 5

Infos zu Abos und Hefte: widerspruch.ch

Heisse Jahre

Klimaerhitzung, El Niño und massiv erhöhte Sonnenaktivitäten: In den kommenden vier Jahren wird es aller Voraussicht nach so heiss wie noch nie. Gesteigerte Extremwetter und Dürreperioden mit Hunderttausenden von Todesfällen, Einbrüche in Fischfang und Landwirtschaft – das kommt wohl rascher als erwartet. Ein erheblicher Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen würde zu enormen Preissteigerungen führen. Der Kapitalismus geriete ins Taumeln. Gegensteuern geht dann nur noch mit massiven Eingriffen in die «Freiheiten» des Kapitals. Damit öffnen sich neue Fenster für eine ökosoziale Wende. Besser, wir setzen uns damit jetzt auseinander.

Es ist kaum zu glauben, und dennoch: Trotz laufend neuer Hitzerekorde ist die Klimaerhitzung in den Jahren 2017 bis 2021 gedämpft verlaufen. Denn die Temperaturen im tropischen Pazifik waren geringer als üblich: Es herrschte La Niña, wie dieses Wetterphänomen genannt wird. Doch gerade kippen die Strömungsverläufe und es kommen die Jahre des El Niño. Dadurch werden die Meere und die Atmosphäre heisser und feuchter. Auch die Sonnenaktivitäten waren während der letzten Jahre tief, und auch das ändert sich: Dieses Jahr hat eine Welle hoher Sonnenaktivitäten eingesetzt, was ebenfalls zur zusätzlichen Erderwärmung beiträgt. Die Welt-Meteorologie-Organisa-

tion WMO macht denn auch für die unmittelbar bevorstehenden Jahre eine höchst bedenkliche Prognose: Die Wahrscheinlichkeit betrage 48 Prozent, dass die Schwelle einer 1.5-Grad-Erwärmung der Atmosphäre schon in den nächsten drei Jahren ein erstes Mal übertroffen werden wird.¹ 1.5 Grad: Das ist der Wert, den wir laut Weltklimarat wenn irgend möglich nicht überschreiten sollten, weil sonst die Wahrscheinlichkeit stark steigt, dass selbstverstärkende Klimaprozesse in Gang kommen wie etwa das Abschmelzen des Grönland-Eises oder die massenhafte Freisetzung von Methan durch das Auftauen des Permafrosts im arktischen Norden.

Während ich diese Zeilen schreibe, ist ein Viertel der libyschen Stadt Darna infolge von Starkregen und Damnbrüchen buchstäblich ins Meer geschwemmt worden. Tausende von Menschen sind gestorben, über 10.000 werden vermisst. Was uns in den unmittelbar kommenden Jahren bevorsteht, könnte den Rahmen solcher Katastrophen sprengen. Eine Tageshöchsttemperatur von 37 Grad ist 2023 auch in der Schweiz nichts Aussergewöhnliches mehr. Ungemütlich wird es, wenn sich Hitzekuppeln bilden: Hochdruckzonen, die mehrere Wochen stationär bleiben. Steigt dann die Temperatur nochmals an, so wird es gefährlich. Bedrohlich werden hohe Temperaturen noch rascher, wenn sie mit hoher Luftfeuchtigkeit einhergehen. Man spricht dabei von Feuchtkugel- oder Kühlgrenztemperatur. 37 Grad und eine Luftfeuchtigkeit von 80 Prozent sind für Menschen eine tödliche Gefahr.² In Ländern wie Deutschland oder der Schweiz werden im Sommer durchschnittlich rund 70 Prozent erreicht (Länderdateninfo, 2023). 80 Prozent Luftfeuchtigkeit ist in Indien im Monat August normal.

Eine erschreckende Erkenntnis

Es geht mir hier nicht darum, schwarzzumalen. Doch es hilft nicht, die Augen vor düsteren Zukunftsaussichten zu verschliessen. Wir befinden uns bereits in den ersten Jahren einer neuen Heisszeit. Sicher: Ihr genauer Verlauf ist ungewiss. Die nächsten drei Jahre können nochmals glimpflich verlaufen. Oder eben auch nicht.

Was die Sache allerdings dramatisch macht, ist, dass die herrschende Mainstream-Klimapolitik der immensen Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist (siehe Abbildung 1). Für die Reduktion der Treibhausgasemissionen wird

viel zu wenig getan, das Wenige kommt zu spät, und häufig ist es auch noch das Falsche. Laut WMO müssten die Anstrengungen zur Reduktion der Klimaemissionen sieben Mal (!) höher sein, um die Erwärmung der Atmosphäre noch bei 1.5 Grad stabilisieren zu können. Ebenso deutlich fällt der Emissions Gap Report der UNO von 2022 aus: «Policies currently in place point to a 2.8°C temperature rise by the end of the century.»³ Der Report trägt denn auch den warnenden Titel «The closing Window: Climate crisis calls for rapid transformation».

All dies lässt leider nur einen Schluss zu: Das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erwärmung der Atmosphäre möglichst unter 1.5 Grad zu halten, wird nicht mehr eingehalten werden können. Unter den Bedingungen der heutigen Klimapolitik gewinnt die Klimaerhitzung gegenwärtig sogar noch an Fahrt.

Ökonomische, soziale und politische Schockwellen

Das Klima ist das eine, der Kapitalismus das andere. Das kapitalistische System wird in einer Heisszeit-Zukunft ökonomische, soziale und politische Schockwellen von immenser Sprengkraft erzeugen, und zwar schon lange bevor schlimmstmögliche Szenarien eintreffen.

Die jahrzehntelange Ära neoliberaler Wirtschaftspolitik war bis 2020 geprägt von einem

© 2023 NZZ Media Group. Alle Rechte vorbehalten. NZZ Media Group ist ein Unternehmen der NZZ Group AG.

- 1 World Meteorological Organisation et al.: United in Science, 2022, https://public.wmo.int/en/resources/united_in_science.
- 2 Kelén, J./Huwiler, S.: Dutzende Tote bei Hitzewelle in Indien: Wenn es zugleich heiss und feucht wird, kommt der Körper an seine Grenzen, NZZ-online, 21.6.2023, <https://www.nzz.ch/visuals/wenn-es-heiss-und-feucht-wird-wird-es-richtig-gefaehrlich-ld.1694595>.
- 3 UN Environment Programme. Emissions Gap Report 2022: The Closing Window. Climate crisis calls for rapid transformation of societies, 2022, S. XVI, <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2022>.

haben es ein erstes Mal im Nachgang zur Corona-Krise und zum Ukraine-Krieg erlebt.⁵

Auch wenn es in reichen Ländern wie der Schweiz erst ansatzweise spürbar ist: Wir treten in eine Ära der Engpässe und des Mangels ein, gerade auch bei existenziell notwendigen Gütern, auf die wir nicht verzichten können. Beispiel Ernährung: Waren Lebensmittel – zumindest im globalen Norden – jahrzehntelang im Überfluss vorhanden (Stichwort Food Waste), so beginnt dies nun zu kippen. Die generelle Erhitzung der Atmosphäre und die Zunahme von Wetterextremen bedrängen die Landwirtschaft und den Fischfang und lassen Versorgungsengpässe in der Lebensmittelversorgung

zur Normalität werden. Hier wirkt übrigens nicht nur die Klimaerhitzung, ebenso tun es weitere Umweltkatastrophen: die Versauerung der Weltmeere, der Zerfall der Fruchtbarkeit der Böden (u.a. wegen der Überlastung mit Phosphor), der Mangel an (nicht verschmutztem) Süßwasser, der Einbruch der Biodiversität.

Kommt es dann zu Wirtschaftskrisen, zu einer Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsstandorten und in der Folge zu Wirtschaftsanktionen aller Art, so werden Mangellagen und Lieferausfälle nochmals zunehmen und auf viele weitere Produkte übergreifen. Die Ökonomie wird insgesamt auf den Kopf gestellt. Was in der neoliberalen Ära aus bürger-

Dauer-Überangebot an Waren, Dienstleistungen, Energie, Rohstoffen, Lebensmitteln. Überangebot meint hier: Jede *kaufkräftige* Nachfrage konnte befriedigt werden, Engpässe auf den Märkten blieben episodisch, die Preise insgesamt stabil.⁴ Dies ändert sich gerade grundlegend. Wir

licher Sicht leidlich funktioniert hat, nämlich die Preisbildung auf »freien Märkten«, gerät vollkommen aus dem Takt. Inflation, Währungskrisen und Währungskriege werden dann zu Dauerphänomenen.

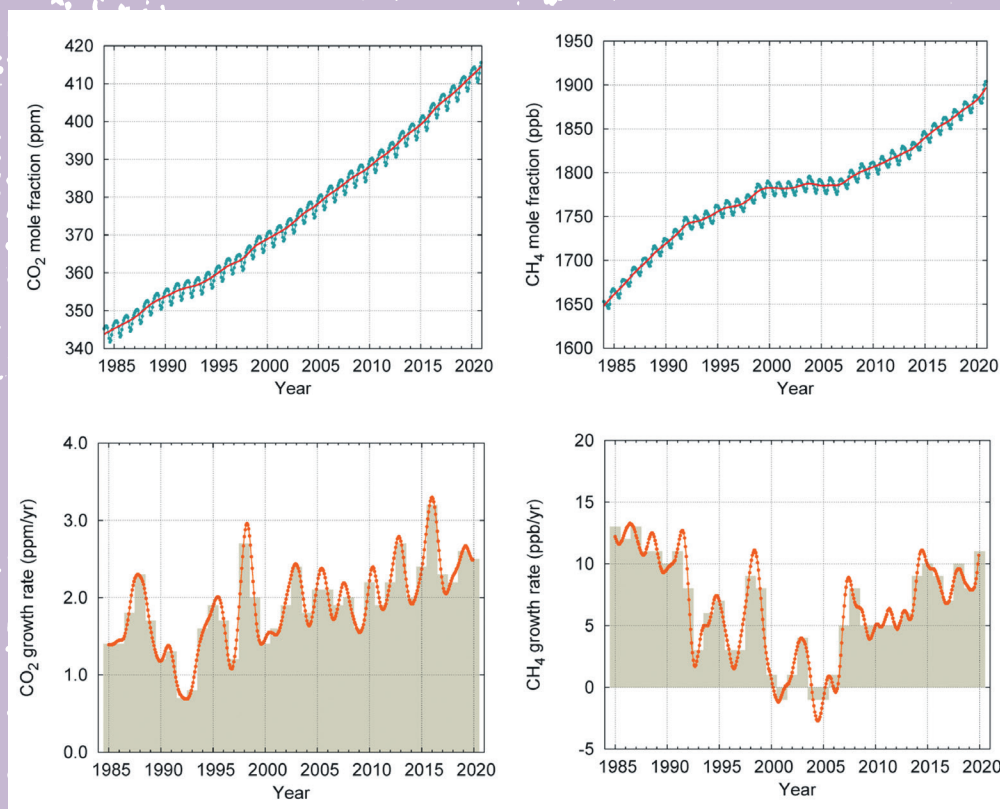
Transformation oder Untergang

Die sich abzeichnenden Verwerfungen werden allen vor Augen führen, dass wir nicht mehr um einschneidende Veränderungen herumkommen. Wenn zusätzlich zu den direkten Folgen der Klimaerhitzung die Bevölkerungen mit dem Zerfall ihrer Kaufkraft konfrontiert werden, sich Verteilungskämpfe verschärfen, ganze Wirtschaftssektoren in ihrer Existenz bedroht werden, weil sie keinen Zugang mehr haben zu Rohstoffen, Halbfabrikaten oder bezahlbarer Energie, dann werden die Regierungen aller Couleure entschlossen intervenieren müssen, um dem gesellschaftlichen Zerfall entgegenzutreten. Dabei wird die Allmacht des Kapitals auf den Prüfstand kommen müssen – und damit werden sich auch neue Fenster für eine ökosoziale Transformation öffnen. Das Ziel muss dann lauten, die Bewältigung dieser Schocks mit der nötigen ökosozialen Transformation der Wirtschaftsweise und der Lebensgestaltung zu verbinden und dauerhaft zu etablieren.

Genau das jedenfalls sollte der Angelpunkt linker und grüner Politik sein. Linksgrün muss conse-

Der Verlauf der Klimagasemissionen (CO₂, Methan)

Der Trend bei den CO₂-Emissionen ist ungebrochen, derjenige von Methan scheint sich gar zu beschleunigen.



Die Grafiken zeigen oben den jährlichen Gesamtausstoß von CO₂ (links) und Methan (CH₄, rechts). Die unteren Grafiken zeigen die jährlichen prozentualen Veränderungen.

Quelle: World Meteorological Organisation et al. 2022

2 (11) 2022/2023/2024/2025/2026/2027/2028/2029/2030/2031/2032/2033/2034/2035/2036/2037/2038/2039/2040/2041/2042/2043/2044/2045/2046/2047/2048/2049/2050/2051/2052/2053/2054/2055/2056/2057/2058/2059/2060/2061/2062/2063/2064/2065/2066/2067/2068/2069/2070/2071/2072/2073/2074/2075/2076/2077/2078/2079/2080/2081/2082/2083/2084/2085/2086/2087/2088/2089/2090/2091/2092/2093/2094/2095/2096/2097/2098/2099/2100

4 Das heisst keineswegs, dass jeder Bedarf befriedigt worden ist, auch nicht jeder existenzielle Bedarf. Tatsächlich waren Knappheiten und Mängel ebenfalls eine Dauererscheinung des Neoliberalismus. Doch diese konnten aus den Märkten verdrängt werden. Vielen Menschen des globalen Südens fehlte die Kaufkraft, um überhaupt am Marktgeschehen teilzunehmen. Weltweit mangelte es an öffentlichen Diensten, diese wurden rückgebaut, und öffentliche Infrastrukturen oft vernachlässigt – doch auch dies ereignete sich ausserhalb der Märkte. Doch diese Externalisierung der Knappheiten wird nicht länger gelingen.

5 Allein in den USA der Unternehmenssektor (ohne Finanzgesellschaften) seit dem zweiten Quartal 2020 rund 10.000 Milliarden US-Dollar an Sondergewinnen erzielt, was die gegenwärtige Inflation ausgelöst hat; vgl. Federal Reserve Bank of St. Louis (FRED). Laufend aktualisierte online-Grafik zu den Unternehmensgewinnen in den USA unter: <https://fred.stlouisfed.org/series/NFCPATAX>. Die FRED ist eine der zwölf regionalen Notenbanken, die in der FED (der US-Zentralbank) zusammengeschlossen sind.



quent für eine ökosoziale Transformation der Lebensgestaltung und der Produktionsverfahren eintreten. Es reicht nicht mehr aus, nur die Kaufkraft zu verteidigen, ohne danach zu fragen, was und wie produziert und konsumiert wird.⁶ Linksgrün muss entschlossen dafür kämpfen, dass der Reichtum der Grosskonzerne der *ultra-high net worth individuals* für die Kosten der Krisenbewältigung herangezogen wird. Es Weiteren muss die Linke dafür eintreten, «die Wege zu Ende zu gehen». Zum Beispiel bei Preisregulierungen: Sie gelingen nur dann, wenn die massgebenden Unternehmen unter öffentliche Kontrolle gestellt und Umgehungsversuche (z.B. Horten von Gütern) konsequent unterbunden werden. Beispiel Rationierungen: Sie sind eine Möglichkeit, knappe Güter möglichst gerecht zu verteilen. Rationiert werden müssen aber auch Produkte und Dienstleistungen, die erheblich zur Klimaerwärmung beitragen, wie etwa Flüge. Insgesamt muss der Dienst an der Öffentlichkeit, die Gemeinnützigkeit, der *Service public*, zur massgebenden ökonomischen Leitspur gemacht und damit das Primat des Profits überwunden werden (wie das gehen kann, beschreiben Cédric Wermuth und ich im Buch «Die Service public Revolution».⁷

Schliesslich muss es gelingen, diesen Wandel auch auf internationaler Ebene durchzusetzen. Vielleicht zuerst in Allianzen von willigen Ländern und global agierenden NGOs, dann aber auch auf Basis der UNO und ihrer Institutionen, zum Beispiel der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Und natürlich braucht es neue globale Abkommen, zum Beispiel für den raschen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien und zur Finanzierung der Klimagerechtigkeit, wobei die Umsetzung dieser Abkommen dann auch wirklich durchgesetzt werden muss.

Das mag vielen als Trümerei erscheinen. Werden die Staaten in verschärften Krisen nicht gerade das Gegenteil tun, die «imperiale Lebensweise» vehement verteidigen und die «Interessen der eigenen Nation» über alles andere stellen? Wenn Regierungen beispielsweise Rationierungen in die Wege leiten, wird das dann nicht von rechtsausen als Ende aller Freiheiten gedeutet und heftig bekämpft werden? Das sind zweifellos grosse Gefahren. Doch gibt es für globale Probleme keine nationalbornierten «Lösungen». Nationalistische Politiken führen

« Ratio-
niert werden
müssen
aber auch
Produkte
und Dienst-
leistungen,
die erheblich
zur Klima-
erwärmung
beitragen.

zu Retourekutschen und verschärfen die Problemlagen. Deshalb steigt auch der Druck, die Probleme mithilfe internationaler Kooperationen wirksam anzupacken.

Wenn es dann noch gelingt, die Macht der Strasse um konkrete Forderungen zu bündeln und internationale Bewegungen zu initiieren, dann wird vieles möglich, was heute aussichtslos erscheint. Nicht nur, aber gerade auch deshalb müssen demokratische Rechte mit Vehemenz verteidigt werden. Denn die Alternative dazu lautet Niedergang und unsägliches Leid. Das wird immer deutlicher – und das erkennen auch immer mehr Leute.

Auch wenn die 1.5 Grad Marke nicht mehr einzuhalten ist: Die Unterschiede in den Auswirkungen sind riesig, je nachdem, ob sich die Atmosphäre auf Dauer um zwei, drei oder gar noch mehr Grad erwärmt. Es macht offensichtlich einen gewaltigen Unterschied, ob etwa der Meeresspiegel um 20 Zentimeter, 2 Meter oder 20 Meter ansteigt. Was die mittlere Frist betrifft, so hängt immer noch sehr viel – ja letztlich alles – davon ab, ob die Menschheit den klimapolitischen Turnaround schafft.⁸ ★

2022 © DENKNETZ | www.denknetz.ch | 0800 000 000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000 | 052 700 0000

6 Beispiel Mobilität: Zugespitzt, aber nur leicht zugespitzt formuliert lautet die Alternative hier: «Mensch oder Auto». Ohne einen Regimewechsel weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu Fahrrad, ÖV und – in moderaten Massen – zu Carsharing ist der klimapolitische Turnaround nicht zu schaffen. Ohne Verbot von Privatjets und Weltraumtourismus, und ohne Rationierung des «normalen» Flugverkehrs ebenso wenig.

7 Ringger, B/Wermuth, C.: Die Service-Public-Revolution, Zürich 2020.

8 Wallace-Wells, D.: Die unbewohnbare Erde, München 2019; Lynas, M.: 6 Grad mehr, Hamburg 2021; Wiegeland, K. (Hrsg.): 3 Grad mehr, München 2022.



Beat Ringger

ist Publizist und Autor;
er ist im Denknetz aktiv.

Bessere Gewerkschaften, bessere Löhne

Vor 25 Jahren beschlossen die Gewerkschaften, Tieflohne öffentlich anzugreifen. In der Folge konnte man in Tieflohnbranchen wie dem Detailhandel oder dem Gastgewerbe deutliche Lohnerhöhungen erstreiten. Auch gesetzliche Mindestlöhne haben sich schliesslich auf lokaler Ebene durchgesetzt. Auf den Lorbeeren ausruhen können sich die Gewerkschaften aber nicht: Tieflohne sind nach wie vor verbreitet.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) beschloss 1998 auf seinem Kongress in Davos, Tieflohne als gesellschaftliches Problem zu politisieren und in den Fokus der gewerkschaftlichen Arbeit zu nehmen. Was heute selbstverständlich klingt, war damals ein Novum. Noch in den 1990er-Jahren waren Löhne in der Schweiz kein öffentliches Thema. Gewerkschaften verhandelten hinter verschlossenen Türen in einzelnen Betrieben und Branchen, sofern überhaupt Gesamtarbeitsverträge (GAV) mit Mindestlöhnen bestanden. In Tieflohnbranchen wie dem Detailhandel, der Textilindustrie oder in der Reinigung gab es kaum GAV. Die Gewerkschaften waren deshalb oft nicht in der Lage, bessere Löhne im

Tieflohnbereich auszuhandeln. Zudem hatten die Gewerkschaften teilweise die Fähigkeit und den Willen verloren, für bessere Verträge Arbeitskämpfe auszutragen. So konnte man auch keine neuen GAV mit Mindestlöhnen durchsetzen, wie man dies in den klassischen gewerkschaftlichen Branchen nach dem Zweiten Weltkrieg getan hatte.

In den 1990er-Jahren setzte sich bei den Gewerkschaften die Erkenntnis durch, dass man dem eigenen Kernauftrag – den Beschäftigten zu ermöglichen, gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen – in einem wachsenden Teil der Wirtschaft nicht gerecht wurde. Besonders bei den vielen Frauen, die in

Tieflohnbranchen arbeiteten, waren die Gewerkschaften schwach. Auch angesichts der Angriffe der Arbeitgeber auf Gesamtarbeitsverträge war ein Weiter-so kein gangbarer Weg. Vor diesem Hintergrund konnte eine neue Generation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf dem SGB-Kongress eine lohnpolitische Wende einleiten.

Erste Erfolge

Mit der Kampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken» setzten sich die Gewerkschaften dann in den Branchen für bessere Löhne ein. Besonders viele schlecht bezahlt Beschäftigte arbeiteten im Detailhandel und im Gastgewerbe. Die neu gegründete Dienstleistungsgewerkschaft «unia», eine Vor-

läufergewerkschaft der heutigen Unia, machte sich deshalb in den beiden Branchen daran, die Tieflohne aufzuheben. Dabei setzte sie auf neue Kampagnenmittel. Mit Mobilisierung der Beschäftigten und Skandalisierung der Tieflohnsituation in der Öffentlichkeit setzte man die Arbeitgeber unter Druck. Mit Erfolg: Die Arbeitgeber gaben vielerorts nach, nicht zuletzt, weil sie um ihren Ruf bei den Konsumentinnen und Konsumenten fürchteten. Das Resultat konnte sich sehen lassen: Im Gastgewerbe sind die tiefen Löhne zwischen 1998 und 2004 teuerungsbereinigt um 18 Prozent gestiegen. Bei Coop und



Andreas Rieger/David Gallusser

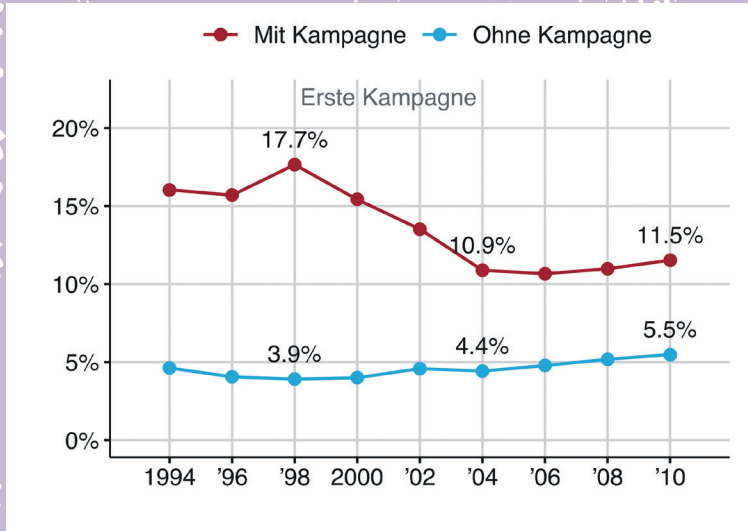
**25 Jahre Mindestlohnkampagne
der Schweizer Gewerkschaften**

www.unia.ch

Tagung zu 25 Jahren Mindestlohnkampagne

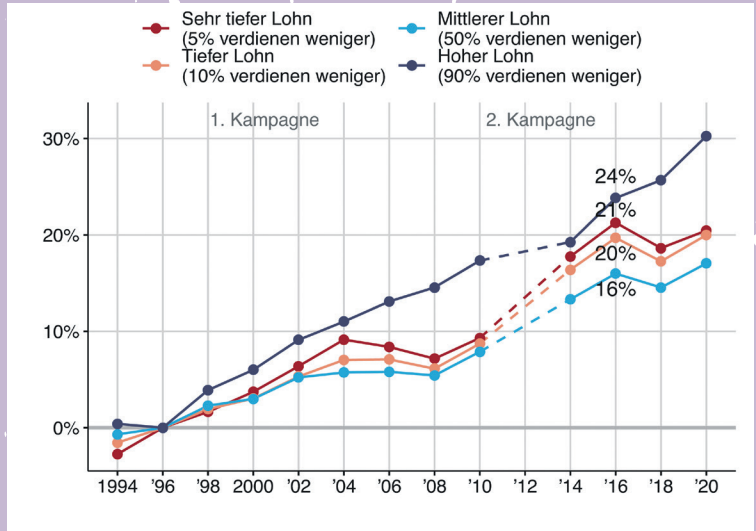
16.11.2023 · Bern · Hotel Kreuz · 9.30 Uhr

U.a. mit Paul Rechsteiner, Serge Gaillard
und Catherine Laubscher



Rückgang der Tieflohne in Kampagnenbranchen

Anteil der Arbeitnehmer:innen, die weniger als 60 Prozent des Medianlohns verdienen in Branchen mit Mindestlohnkampagne (Gastgewerbe, Supermärkte, Warenhäuser, grafische Industrie sowie Nahrungsmittel-, Uhren-, Textil- und Bekleidungsindustrie) und in allen übrigen Branchen der Privatwirtschaft.



Während Kampagnen: Löhne legten unten stärker zu als in der Mitte

Teuerungsbereinigtes Lohnwachstum seit 1996, Schweizer Privatwirtschaft, nach Höhe der Bruttostundenlöhne. Lesebeispiel: Der tiefe Lohn ist zwischen 1996 und 2016 um 20 Prozent gewachsen.

Quelle: Eigene Auswertung der Lohnstrukturerhebung des BFS

Migros gab es in der gleichen Zeit einen ähnlichen Anstieg der tiefen Löhne.

Die Kampagne beschränkte sich nicht auf den Detailhandel und das Gastgewerbe. Die SGB-Gewerkschaften konnten auch in der Nahrungsmittel-, der Uhren- und der Textilindustrie sowie in der grafischen Industrie die tiefen Löhne anheben. Die Kampagne wirkte. In den Branchen, in denen die Gewerkschaften aktiv waren, sank der Anteil der Tieflohnbeschäftigten deutlich. In den übrigen Branchen der Privatwirtschaft stagnierte er (siehe Grafik 1). Von den höheren Löhnen profitierten viele Frauen.

Niederlage an der Urne, Siege in den Branchen

Nach einigen Jahren erlahmten die Bemühungen. Es kam kaum noch zu Verbesserungen bei den tiefen Löhnen, obwohl der Tieflohnsektor nicht verschwunden war. Vor allem in Branchen ohne Gesamtarbeitsverträge blieb der Tieflohnanteil hoch. Der Druck nahm zu, eine neuerliche Kampagne zu führen. Vertreterinnen und Vertreter aus der Romandie und dem Tessin forderten einen gesetzlichen Mindestlohn. Fortschrittliche kleinere Parteien lancierten ab 2007 im Tessin, in der Waadt, in Genf

und im Wallis kantonale Mindestlohninitiativen, die allerdings alle an der Urne scheiterten. Der SGB beschloss schliesslich, selbst eine nationale Mindestlohninitiative zu ergreifen. Die Initiative verlangte einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde und die Förderung von GAV. Von Anfang an begleiteten die Gewerkschaften die Initiative mit neuen Kampagnen in den Branchen.

Die Mindestlohninitiative erlitt im Mai 2014 an der Urne eine krachende Niederlage. Bloss 23 Prozent stimmten ihr zu. Das Ja-Lager vermochte zwar, auf skandalös tiefe Löhne aufmerksam zu machen, konnte aber die Bevölkerung nicht von einer schweizweiten Lohnuntergrenze als Antwort überzeugen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und – drei Monate nach dem Ja zur SVP-Einwanderungsinitiative – vor zusätzlicher Einwanderung war zu gross. In den Branchen dagegen war die Kampagne erfolgreich. Die Forderung von mindestens 4000 Franken im Monat setzte sich als neue Norm durch. Lidl und Aldi profilierten sich mit Mindestlöhnen in dieser Höhe gegenüber ihren Konkurrenten. Auch im Gastgewerbe, in der Reinigung, in der Industrie und auf dem Bau erzielte man Fortschritte. So sind letztlich auch während der zweiten Kampagne die tiefen Löhne in der

Schweiz schneller gestiegen als die mittleren (siehe Grafik 2). Die Lohnschere hat sich erneut leicht geschlossen. Der Tieflohnsektor ist nicht gewachsen, sondern leicht geschrumpft.

Mindestlöhne setzen sich durch

Die Mindestlohnkampagnen sind nicht nur materiell, sondern auch ideell eine Erfolgsgeschichte. Heute sind Löhne in der Schweiz ein öffentliches Thema und Tieflohne werden als Problem wahrgenommen. Der Wind hat auch gegenüber gesetzlichen Mindestlöhnen gedreht. Bereits 2011 hatte sich das Stimmvolk im Kanton Neuenburg im Grundsatz für einen kantonalen Mindestlohn ausgesprochen. Im Windschatten von Neuenburg starteten Gewerkschaften und linke Parteien im Jura, im Tessin, in Genf und in Basel-Stadt Initiativen, die zur Einführung von kantonalen Mindestlöhnen führten. Zuletzt beschlossen die Stimmenden in Zürich und Winterthur mit grosser Mehrheit die Einführung von städtischen Mindestlöhnen. Wenn die beiden städtischen Vorlagen in Kraft treten, wird knapp ein Drittel aller Beschäftigten in der Schweiz von einem gesetzlichen Mindestlohn abgedeckt sein – und das nur ein Jahrzehnt nach dem wichtigen Nein zur eidgenössischen Initiative.

Trotz aller Fortschritte: Jede und jeder zehnte Beschäftigte verdiente auch 2020 einen Tieflohn (weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns oder brutto 4060 Franken mal 13 auf eine Vollzeitstelle). Seit dem Ende der letzten Kampagne sanken zudem die tiefen und mittleren Löhne teuerungsbereinigt, während die höchsten weiter davonzogen. Kantonale und kommunale Mindestlöhne können eine Antwort auf Armutslöhne sein, solange sie nicht zu tief angesetzt oder wie in Basel oder dem Jura mit Ausnahmen durchlöchert sind. Sie bleiben aber ein beschränktes Instrument, weil sie sich rechtlich am sozialen Grundbedarf orientieren müssen. Sie sind kein Ersatz für Gesamtarbeitsverträge mit differenzierten und vor allem höheren Mindestlöhnen. Der SGB fordert deshalb in den Branchen 4500 Franken für alle und 5000 Franken für Berufsleute mit Lehre. Mit der Forderung allein ist es aber nicht getan. Wie Ende der 1990er-Jahre braucht es den Druck einer starken Kampagne – und von gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten. ★



David Gallusser

ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund und Mitglied des Denknetz-Co-Präsidiums.

Arbeit statt Kapital

Die Mitarbeitenden können in einem demokratisch strukturierten Unternehmen, also in einem selbstverwalteten Betrieb oder einer Genossenschaft, ihre Interessen umfassend wahrnehmen. Dank ihrer Mitentscheidung haben sie bessere Voraussetzungen für würdige Arbeitsbedingungen und für mehr Arbeitszufriedenheit.

Der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch die Anhäufung von Vermögen durch Privatpersonen. Das Vermögen besteht vorwiegend aus Produktionsanlagen wie Maschinen, Produktionsgebäuden, Kommunikations- und Transportmitteln. Aus den Produktionsanlagen lassen sich wiederum Profite generieren, die schliesslich das Vermögen vergrössern. Das führt zu einer ungleichen Einkommensverteilung und insbesondere zu einer ungleichen Vermögensverteilung.

Die Spirale dreht sich immer weiter. Es entstehen wachsende Renteneinkommen der Kapitalist:innen, das heisst arbeitsfreies Einkommen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Eigentumsordnung. Die tröstliche Feststellung ist, dass die Eigentumsordnung, so wie sie durch Menschen mit ihren Gesetzen gemacht wurde, auch durch Menschen geändert werden kann. Wo aber sind die Visionen, dies auch zu tun? Oder ist es vielleicht so, dass es der Linken ganz gut gefällt in der symbiotischen Beziehung mit dem Kapitalismus? Sich lieber mit dem Kapitalismus zu arrangieren, als sich grundsätzlich für eine gerechtere Wirtschaftsordnung starkzumachen?

Hauptsächlicher Grund für die skandalös ungleiche Anhäufung von Reichtum in dieser Welt ist die Entscheidungshoheit des Kapitals über die Unternehmen, was

der Eigentümerschaft erlaubt, die Profite aus den Unternehmen herauszuziehen. Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen schliessen einen Arbeitsvertrag ab, der eigentlich ein Unterwerfungsvertrag der einen unter die anderen ist. Eigentlich ein menschenwürdiger Vertrag. Grundsätzlich gesehen, verzichten die Arbeitnehmer:innen in der Privatwirtschaft auf einen – zumeist nicht geringen – Teil des erarbeiteten Mehrwerts zugunsten der Kapitaleigner:innen, den sich diese mit aller Selbstverständlichkeit einverleiben.

Solche Ungleichheit besteht nicht nur in der Bevölkerung innerhalb der einzelnen Staaten, sondern auch zwischen zentralen und peripheren Ländern. Ein weiterer Punkt der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung ist der negative Einfluss auf die Umwelt, der die realen Reichtumsverhältnisse präzise widerspiegelt: Die Begüterten sind die grössten individuellen Umweltverschmutzer:innen.

Grosse Kapitaleigner:innen beherrschen nicht nur ihre Unternehmen. Sie verfügen auch über dichte Netzwerke und organisieren sich – gerade in der Schweiz – in Verbänden, die ihre sektoralen Interessen wirksam artikulieren und mittels Lobbyarbeit in der Gesetzgebung durchzusetzen wissen. Ihr Einfluss reicht nicht

selten über die Landesgrenzen hinaus bis hin zu internationalen Institutionen.

Der Staat, der eigentlich um die Freiheit aller besorgt sein müsste, wird durch die «Kapitallogik» sozusagen korrumpiert. Der Staat sichert die Voraussetzungen für die kapitalistische Wirtschaft, die Profite. Superreiche und Konzerne machen den Staat zudem durch ihre Drohungen gefügig. Sie drohen mit der Verlegung des Stuersitzes, sie betrachten sich als *too big to fail*, sie drohen mit Arbeitsplatzverlusten, sie nehmen direkten Einfluss auf die Gesetze bis zu deren Ausformulierung.

Ein Mensch – eine Stimme

Die Wertschöpfung der Wirtschaft entsteht im Produktionsprozess durch die Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Da greift die Arbeitsdemokratie ein und verhindert die Mehrwertabschöpfung durch das Kapital.

Ein entscheidender Vorteil der Demokratie – sowohl als Prinzip staatlicher Organisation wie auch als Kernelement der Wirtschaftsdemokratie – ist die effektive Mitwirkung der Betroffenen am Entscheidungsprozess. Die Machtfülle von Einzelpersonen respektive kleinen Personengruppen wird dadurch in Schranken gehalten. Dies stellt vom Standpunkt der Gerechtigkeit her ohne

“ Der Staat, der eigentlich um die Freiheit aller besorgt sein müsste, wird durch die ‚Kapitallogik‘ sozusagen korrumpiert.

”

Zweifel einen grossen Gewinn dar. Anstelle der Privatpersonen, die aufgrund ihrer Kapitalbeteiligung die Unternehmen beherrschen, treten die Mitarbeiter:innen. Die Mitarbeiter:innen entscheiden demokratisch über alle wichtigen Fragen ihres

Wie funktioniert Arbeitsdemokratie

Unternehmens. Ein Mensch – eine Stimme. Da setzen auch die Thesen der «Gruppe Wirtschaftsdemokratie» an.¹

Anstelle der Unterwerfungsverträge treten Mitwirkungsrechte der Mitarbeiter:innen im Unternehmen. Die Mitarbeiter:innen sind Eigentümer:innen des Kapitals und entscheiden damit über die Produktion. Es ist ein radikaler Ansatz. Für die Zuständigkeit in den Unternehmen gilt: Nicht Arbeit vor Kapital, sondern Arbeit statt Kapital. Staatliche Gesetze sorgen dafür, dass die demokratischen Rechte der Mitarbeiter:innen von Unternehmen garantiert sind und die neue Ordnung des kollektiven Eigentums gewährleistet wird.

Unter diesen – in den erwähnten Thesen beschriebenen – Voraussetzungen kann die Marktwirtschaft ein nützliches System für die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen sein. Die Konsument:innen können in der Regel aus dem Angebot eine Wahl treffen. Die produzierenden Unternehmen passen sich möglichst zeitnah dem Bedarf der Konsument:innen an. Da man von der Arbeitsdemokratie nicht erwarten kann, dass sie alle gesellschaftlichen Probleme lösen kann, braucht es gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen, die in erster Linie die Umweltpolitik, den Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur, die Vermeidung einseitiger Marktmacht, einen geordneten Konjunkturverlauf und die

Verbesserung der Lebensqualität der ganzen Bevölkerung im Auge behält.

Wie funktioniert die Arbeitsdemokratie?

Wie die einzelnen Unternehmen ihre Beschlüsse fassen, hängt stark von den jeweiligen technischen Bedingungen der Produktion, den Wettbewerbsverhältnissen und der Anzahl der Mitarbeiter:innen im Unternehmen ab. Die einzelnen Unternehmen entscheiden selbst, was für eine Entscheidungsstruktur sie sich geben wollen, natürlich im demokratischen Rahmen. Für Kleinbetriebe kann sich eine basisdemokratische Entscheidungsfindung eignen, bei der alle Mitarbeiter:innen im Kollektiv beschliessen. In der Praxis wird allen Mitarbeiter:innen eine möglichst grosse Autonomie zugewiesen, sodass nur wichtige Beschlüsse im Kollektiv gefasst werden müssen. Persönliche Autonomie und gemeinsame Entscheidungsfindung sind ein nicht zu unterschätzender Teil der Arbeitszufriedenheit.

In grösseren Unternehmen ist es unumgänglich, dass für gewisse Entscheidungen repräsentative Organe gewählt werden. Diese Organe entscheiden im Rahmen ihrer vom Kollektiv zugeordneten

Kompetenzen. Es wird immer wieder behauptet, dass die Arbeitsdemokratie in grossen Aktiengesellschaften nicht funktionieren könne. Wenn man sich vorstellt, dass ein kapitalistischer Grossbetrieb demokratisch umgestellt würde, wäre eine wichtige Aufgabe der Gesamtheit der Mitarbeiter:innen, einen Verwaltungsrat zu wählen, der für viele betriebliche Fragen zuständig wäre. Zusätzlich würden die Mitarbeiter:innen durch Abstimmung über wichtige unternehmungspolitische Angelegenheiten entscheiden. Zum Beispiel über gerechte Lohnregeln und betriebswirtschaftliche oder sozial sinnvolle Investitionen.

Einerseits ist es in der Schweiz und in anderen Staaten grundsätzlich möglich, durch Verfassungsänderung und Gesetzesänderungen eine wirtschaftsdemokratische Ordnung einzuführen. Andererseits können schon in den beste-

henden Wirtschaftsordnungen demokratische Unternehmen aufgebaut werden. Dazu gibt es viele Beispiele: Veloblitz, die Wochenzeitung WOZ und kollektiv geführte Gastrobetriebe. Die demokratisch geführten Unternehmen leisten einen grossen Beitrag zur Entwicklung mit dem Ziel einer demokratischen Wirtschaft.

Für beide Wege braucht es viel Aufklärung und Überzeugungsarbeit, in politischen Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften und Medien. Es gilt, den Menschen näher zu bringen, wie eine Arbeitsdemokratie die Gesellschaft als Ganzes weiterbringen kann. Es bleibt viel zu tun. ★



Johannes Wickli

ist Ökonom, arbeitete in einem selbstverwalteten Betrieb und war als Lehrer tätig; er ist Gründungsmitglied einer Wohnungsgenossenschaft. Als Mitglied des Denknetz betätigt er sich in der AG Wirtschaftsdemokratie.

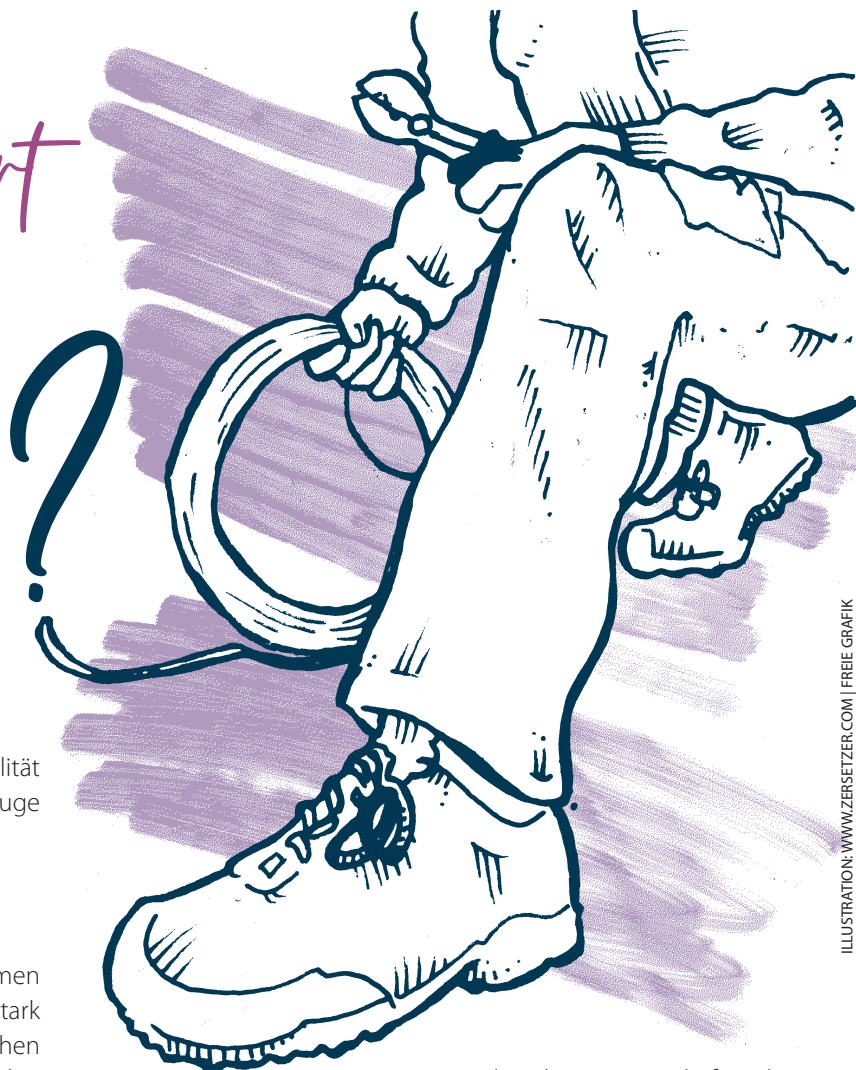


ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREE GRAFIK

In der Schweiz wird viel und lang gearbeitet

Das Gerede über die «faulen» Teilzeitarbeitenden ist fehl am Platz. Die Arbeitszeit muss reduziert und nicht verlängert werden. Arbeitspolitik ist Verteilungspolitik.

Seien es rechte Ökonomen wie der Luzerner Professor Christoph Schaltegger oder rechte Politiker wie der FDP-Präsident Thierry Burkart: Man(n) will uns weismachen, dass in der Schweiz immer weniger gearbeitet wird und wir alle wieder fleissiger sein müssen. Dabei stimmt das Gerede über die angeblich sinkenden Arbeitsstunden überhaupt nicht. Die offiziellen Zahlen ergeben ein ganz anderes Bild.

Längste Arbeitszeit in Europa
2022 stieg die Anzahl aller geleisteten Arbeitsstunden in der Schweiz um 1,3 Prozent auf 7,9 Milliarden Stunden. Damit wurde das Vor-Corona-Niveau wieder erreicht. Das Arbeitsvolumen steigt seit vielen Jahren vor allem deshalb, weil die Zahl der Arbeitsstellen zunimmt und Frauen mehr Erwerbsarbeit leisten. Zwar ist die wöchentliche Regelarbeitszeit in den letzten Jahren leicht gesunken. In Europa liegt die Schweiz aber mit einer Vollzeit-Arbeitswoche von über 42 Stunden nach wie vor einsam an der Spitze,¹ im europäischen Durchschnitt wird nur 38.3 Stunden gearbeitet. In den nordischen

Ländern beträgt die Arbeitszeit zwischen 36 und 37 Stunden, in unseren Nachbarländern liegt sie bei 38 oder 39 Stunden. Zur Ermittlung der tatsächlich pro Erwerbstätigen gearbeiteten Stunden wird neben der vertraglichen Vollarbeitszeit auch die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten mitberücksichtigt. Pro erwerbstätiger Person beträgt die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Schweiz knapp 36 Stunden. Diese liegt ziemlich genau im europäischen Durchschnitt. Der Unterschied zur vertraglichen Vollarbeitszeit ist so gross, weil in

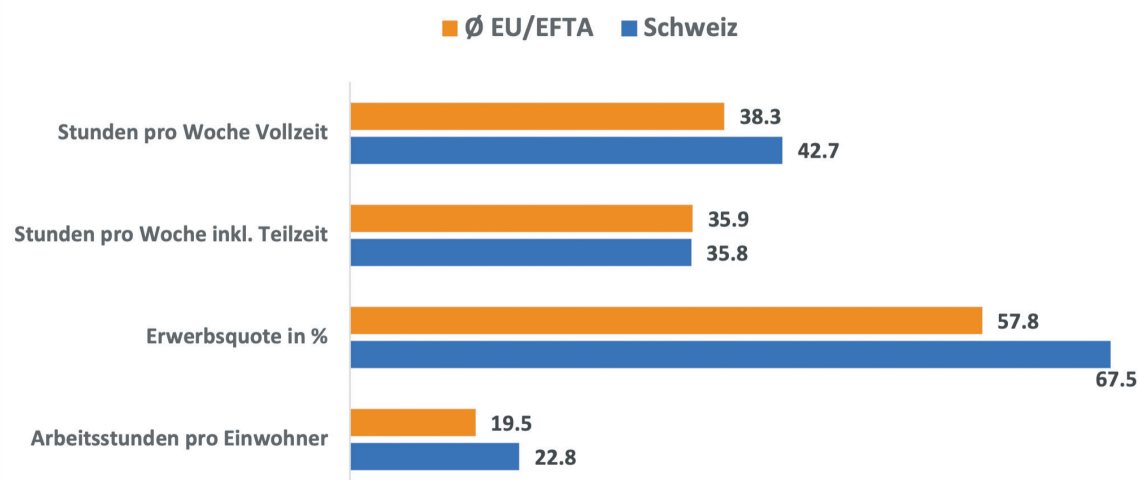
der Schweiz überdurchschnittlich viel Teilzeit gearbeitet wird. Die tiefere, tatsächliche individuelle Arbeitszeit muss aber selbst finanziert werden durch einen niedrigen Beschäftigungsgrad mit geringerem Lohn. Zusätzlich zur Erwerbsarbeit leisten vor allem Frauen viel unbezahlte Betreuungsarbeit und verzichten dabei als Teilzeitarbeitende auf einen Teil des Lohns.

Rekordhohe Erwerbsbeteiligung

Es stimmt auch nicht, dass es überwiegend Beschäftigte mit

einem hohen Bildungsgrad und hohen Löhnen sind, die Teilzeit arbeiten, weil sie sich das angeblich leisten können. Die meisten Teilzeitbeschäftigten arbeiten in Stellen ohne Hoch- oder Fachhochschulabschluss. Viele Teilzeitbeschäftigte Frauen finden sich in Sektoren mit nur bescheidenen Löhnen, wie dem Gastgewerbe, den persönlichen Dienstleistungen oder im Verkauf. Hier gibt es einen bedeutenden Anteil von Arbeitnehmer:innen, die länger arbeiten möchten, jedoch keinen besseren Arbeitsvertrag bekommen und im Prinzip teilarbeitslos

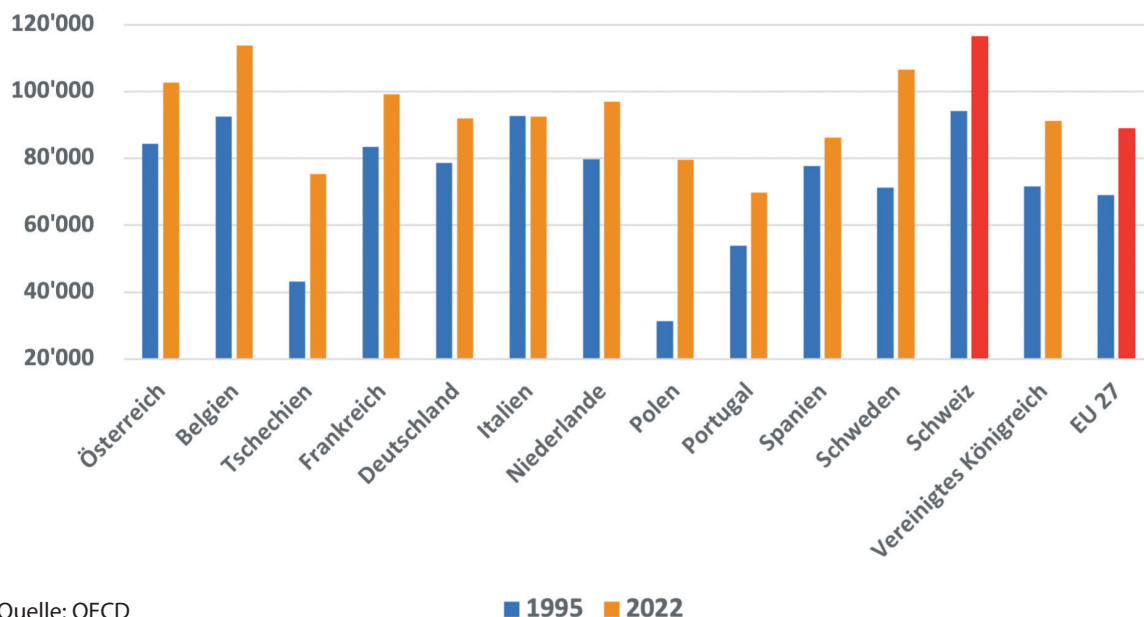
Arbeitszeit und Erwerbsquote



Quelle: Eurostat, BfS

¹ Die BfS-Statistik zur vertraglich festgelegten wöchentlichen Arbeitszeit weist im Durchschnitt 41 Stunden und 43 Minuten aus. Um dies international vergleichbar zu machen, hat das BfS die Berechnungsmethode an jene von Eurostat angepasst und kommt so auf 42 Stunden und 44 Minuten.

Arbeitsproduktivität (BIP in \$ pro Erwerbstätige:n, kaufkraftbereinigt)



Quelle: OECD

■ 1995 ■ 2022

sind. Dies unter anderem, weil die Arbeitgeber:innen bei kleinen Pensen Sozialleistungen sparen können. Im zweiten Quartal 2023 traf dies auf 7,4 Prozent der Frauen und 2,9 Prozent der Männer zu. Sie gelten als «unterbeschäftigt».

Trotzdem: Auch bei der Erwerbsquote, also dem Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren, ist die Schweiz an der Spitze. Mit 67,5 Prozent liegt diese Quote fast 10 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Nur die Niederlande erreicht einen ähnlich hohen Wert. Grund für diesen Spitzenplatz ist eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen mit Teilzeitarbeit (2022 arbeiteten 56,6 Prozent der Frauen Teilzeit) und der älteren Beschäftigten zwischen 55 und 65 Jahren.

Auch unbezahlte Arbeit zählt!

Berechnet man die bezahlten Erwerbsarbeitsstunden pro Einwohner:in über 15 Jahren, ergibt sich ein gutes Mass für die Arbeitsleistung im Erwerbssektor einer Volkswirtschaft. In der Schweiz sind dies 22,8 Arbeitsstunden pro Woche und Einwohner, ein Spitzenplatz im europäischen Vergleich: Im Durchschnitt aller Länder sind es nur 19,5 Stunden. Kein Wunder ist auch die Arbeitsproduktivität, gemessen im Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätige(n), in der Schweiz sehr hoch. Sie ist fast ein Drittel höher als im europäischen Durchschnitt.

Bezeichnend ist, dass die rechten Kritiker:innen in Bezug auf die Arbeitsleistung nie erwähnen, dass es eine riesige Anzahl von unbezahlter Arbeit in Haushalt, Familie und Pflege gibt, die vor allem von Frauen geleistet wird. Das Ausmass dieser unbezahlten Arbeit übersteigt mit fast zehn Milliarden Stunden sogar das Arbeitsvolumen der Erwerbsarbeit. Und die Anzahl der unbezahlten Stunden nahm in den letz-

ten 20 Jahren noch mehr zu als das Volumen der Erwerbsarbeit.

Arbeitszeitpolitik ist Verteilungskampf

Rechte Ökonom:innen und neoliberale Politiker:innen wissen das: Bei der Arbeitszeit geht es um die Verteilung des Sozialprodukts, um den Anteil, den die Lohnabhängigen davon bekommen. Wie lange muss für einen vollen Lohn, der für den Lebensunterhalt und die Altersvorsorge ausreichend ist, gearbeitet werden? Müssen bei einem Ganztzeitjob weniger Stunden bei gleichem Lohn gearbeitet werden, so geht ein grösserer Teil des Kuchens an die Arbeitnehmer:innen.

Eine kürzere Arbeitszeit pro Vollzeitstelle ist auch eine wichtige Voraussetzung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern die längste Arbeitszeit hat, ist ein wesentliches Hindernis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein wichtiger Grund für die ungleiche Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit. Die im internationalen Vergleich höchste Erwerbsbeteiligung der Schweiz ergibt sich daraus, dass Frauen sehr häufig neben der unbezahlten Arbeit auch noch Erwerbsarbeit zu geringen Pensen

leisten. Oft sind die Erwerbsmöglichkeiten jedoch aufgrund der Haus- und Betreuungsarbeit so stark eingeschränkt, dass sie nur mit minimalen Pensen erwerbstätig sein können. Kürzere Vollarbeitszeiten und die dadurch ermöglichte gleichere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern würden die Berufs- und Karrieremöglichkeiten von Frauen erheblich verbessern und damit auch einen wichtigen Betrag für die Gleichstellung am Arbeitsmarkt leisten. Und schliesslich wäre die Arbeitszeitverkürzung dann nicht nur den Besserverdienenden in Form von Teilzeitarbeit vorbehalten. Auch die Geringverdienenden könnten vermehrt davon profitieren, ohne in prekäre Einkommensverhältnisse abzurutschen.

In der Schweiz wird zudem pro Erwerbstätigen immer mehr geleistet. Die erwähnte rekordhohe Arbeitsproduktivität würde es längst erlauben, die Arbeitszeit eines Vollzeitjobs zu reduzieren. Es wäre an der Zeit, die Produktivitäts- und Wachstumsgewinne vermehrt in Form von kürzeren Arbeitszeiten an die Arbeitnehmer:innen weiterzugeben. Dies würde allen ermöglichen, gleichzeitig Erwerbs- und Betreuungsarbeit zu leisten und somit bezahlte und nicht bezahlte Arbeit gerech-

ter zu verteilen. Zudem ist es eine wichtige Voraussetzung, um den höheren Bedarf an Care-Arbeit abzudecken. Dieser nimmt durch die demografische Alterung und die zunehmende Zahl der pflegebedürftigen Personen zu. Und auch aus ökologischer und gesundheitspolitischer Sicht ist es sinnvoll, Produktivitätsgewinne nicht in zusätzlichem Konsum, sondern in Form von stressfreier Zeit zu beziehen. Dazu braucht es einen neuen Anlauf für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbusse. Ein Ansatz hierfür ist die Einführung der Viertagewoche, wie sie jetzt in einigen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen diskutiert oder bereits erfolgreich erprobt wird. ★



Hans Baumann

ist Ökonom, Publizist und Autor.



Robert Fluder

ist Dozent an der Berner Fachhochschule, Departement Soziale Arbeit, im Schwerpunkt Soziale Sicherheit/Sozialpolitik; er ist Mitglied des Denknnetz.

Ökobank statt UBS

Systemrelevante Banken müssen gerettet werden. Genau darum und wegen des Strebens nach höchstmöglichen Profiten werden enorme Risiken eingegangen. Die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse verkörpern hierbei eine spezifisch schweizerische Anomalie, die untragbar ist. Die CS verschwindet, die UBS müsste strengstens reguliert werden. Dringend nötig ist freilich eine grundlegende Transformation des schweizerischen Finanzplatzes.

Vor etwas mehr als einem Jahr führte das Leibblatt des Schweizer Grosskapitals, die NZZ, hinsichtlich Credit Suisse «Fünf Gründe, warum die CS überlebt» (NZZ am Sonntag, 31.7.2022, S. 21) ins Feld. Heute lohnt es sich nicht einmal mehr, diese Gründe aufzuzählen. Die NZZ nahm damals Stellung zu einem Halbjahresverlust von «astronomischen» 1,6 Milliarden CHF. Was ist die Steigerung von astronomisch? Wohl 7,3 Milliarden CHF – so hoch fiel jedenfalls der Jahresverlust der CS für das vergangene Jahr aus. Gigantisch waren auch die Geldabflüsse, teilweise im Sekundentakt: Auf rund 123 Milliarden CHF beliefen sie sich im letzten Jahr, allein im vierten Quartal etwa 110 Milliarden CHF, und im ersten Quartal 2023 nochmals 61,2 Milliarden CHF; hingegen kam es im zweiten Quartal anscheinend zu Nettokapitalzuflüssen in Höhe von 18 Milliarden Dollar, allerdings bei einem Halbjahresdefizit von knapp 9 Milliarden US-Dollar, weil die UBS Bilanz und Erfolgsrechnung in US-Dollar erfasst.

Extreme Verluste, mannigfache Skandale, ständige Strategiewechsel und gewaltige Geldabflüsse wegen des unaufhaltsamen Vertrauensverlustes besiegelten den Untergang der CS als «Inbegriff

von Swissness», wie die NZZ festhielt (ebd.).

Liest man heute nochmals das Buch von Myret Zaki über die «UBS am Rande des Abgrundes» von 2008, dann fällt auf, dass sich die Beschreibung der damaligen Probleme der zweiten global tätigen schweizerischen Grossbank weitgehend mit den Erkenntnissen zur CS decken. Ganz offensichtlich sind viele Fehler gemacht worden, insbesondere weil grosse Ambitionen und Risiken zu Höchstprofiten führen sollten. Diese stellten sich teilweise ein, die gewählten Spekulationen erwiesen sich aber häufig auch als zu waghalsig. Immer wieder versagte das Risikomanagement. Können die Verluste nicht mehr eigenständig getragen werden, dann folgt wegen der Staatsgarantie schliesslich deren Sozialisierung; die vorangegangenen Profite haben sich Banker:innen und Aktionär:innen allerdings bereits angeeignet.

Ein fatales Missverhältnis

Die spezifisch schweizerische Anomalie mit zwei Grossbanken, deren Bilanzsumme um ein Vielfaches höher war als das schweizerische Bruttoinlandsprodukt (BIP), erlebte einen ersten Einbruch mit der Finanzkrise ab 2007. Die Bilanzsumme der UBS/CS lag

per 30. Juni 2023 jedoch immer noch bei rund dem Doppelten des Schweizer BIP. Zudem beträgt die Summe der anvertrauten und verwalteten Vermögenswerte gut 5,5 Billionen US-Dollar.

Bekannt ist, dass die Anlagenversicherung in der Schweiz ungenügend ausgebaut ist und die vorhandenen Risiken bei einem digitalen Banken-Run nicht decken kann. Von daher bleibt die Nationalbank, die im Falle eines Falles die UBS retten müsste. Hierzu gehen wir davon aus, dass die UBS zu gross ist, als dass sie allein mit der Beanspruchung von SNB-Fazilitäten wieder flottgemacht werden könnte. Damit verbleiben noch vier Möglichkeiten: eine Übernahme durch einen anderen, deutlich grösseren globalen Player, eine Aufspaltung des Geschäfts und Verkäufe bzw. Abwicklung von Teilen, eine Rettung auf europäischer Ebene sowie die Verstaatlichung durch die Schweiz.

Wer im letzten Fall die Verluste zu tragen hätte, ist unschwer vorauszusehen. Die Abwälzung auf die Steuerzahler:innen würde nicht zu vermeiden sein. Umgekehrt eine möglichst schnelle Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung zu fordern, also solange die UBS



noch nicht in Richtung eines Crashes taumelt, müsste vertieft und breit diskutiert werden. Eine Umsetzung ist in erster Linie mittels Volksinitiative möglich. Fraglich sind allerdings die Erfolgsaussichten. Ungeachtet dessen erachten wir intensive Debatten als ausschlaggebend. Angeknüpft werden sollte dabei auch an die verschiedenen Diskussionen und Vorschläge des Denknetz in Richtung radikaler Demokratisierung und Ausbau des Service public.¹



Selbstverständlich ist detailliert zu erörtern, unter welchen Bedingungen und Zielsetzungen eine Verstaatlichung ablaufen sollte und welche Probleme damit verbunden sind. Nicht zuletzt dürfte es um die Liquiditätsversorgung gehen, denn nur allzu bekannt und krisenverursachend ist, dass Geldkapital immer blitzschnell abfließt, wenn Schwierigkeiten auftauchen, und dahin strömt, wo alternativ sichere und höhere Profite locken.

Doch diese Abwägung von Szenarien bei einer künftigen Schieflage der UBS ist nur bedingt hilfreich. Vielmehr muss es darum gehen, wie zum einen mit einer deutlich verschärften Regulierung verhindert werden kann, dass zu grosse Risiken eingegangen werden. Zum andern aber sollte die Transformation des schweizerischen Finanzplatzes vermehrte Aufmerksamkeit auf der Traktandenliste der Linken erhalten.

Ein höchst profitabler Deal

Mit den Verlautbarungen von Ermotti zum Halbjahresabschluss der UBS/CS ist die Planung der UBS weitgehend fixiert. Die schrittweise Beerdigung der CS will der UBS-Chef bis 2026 abschliessen. Ein eigenständiges Schweizer Geschäft wird es nicht geben. Im Weiteren entledigte sich die UBS aller Verpflichtungen gegenüber und Garantien von der Schweiz. Die neue UBS will nicht die grösste, doch die weltbeste Bank werden, wie Ermotti vollmundig erklärte.

Zweifellos ist dieser Banker nun zu einem der mächtigsten Schweizer geworden. Wegen des lächerlich tiefen Übernahmepreises realisierte die UBS zudem einen riesigen Reingewinn von 29 Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2023; es handelt sich um den sogenannten negativen Goodwill, den Bundesrätin Keller-Sutter in besagter Grössenordnung – irrelevant, ob wissentlich

oder ahnungslos – aufgleiste. Manifestiert hat sich der «deal of the century», wie die Financial Times (31.8.2023) klarsichtig kommentierte. Auch wenn dieser nicht der Skandal des Jahrhunderts werden dürfte, offenbarte sich die äusserst problematische Rolle der Trinität aus Bundesrat, Nationalbank und FINMA. Abgebaut werden vorerst 3000 Stellen in der Schweiz, doch dies ist lediglich der erste Schnitt, denn insgesamt sollen weltweit 10 Milliarden US-Dollar an Aufwand eingespart werden. Wie viel Übernahme und Bewältigung der immer noch vorhandenen Risiken schliesslich kosten werden, ist noch nicht ausgemacht. Zurzeit profitiert die UBS im Höchstmass. Deren Aktien erlebten zwar einen Sprung auf über 26 CHF (31.8.2023), bewegen sich aber – und hier liegt das Vertrauensproblem – weiterhin meilenweit unter dem Höchstwert vor der Finanzkrise (71.15 CHF am 1.6.2007).

Schärfere Regulierung und ...

Kaum vorangekommen sind bis anhin die Bemühungen einer Aufarbeitung des CS-Crashes und Entscheide in Richtung einer schärferen Bankenregulierung. Die parlamentarische Untersuchungskommission nimmt ihre Arbeit mit erheblicher Verzögerung auf. Überdies sollen die Details von Krise und Verhandlungen vertraulich bleiben. Insbesondere die Fragen zum Informationsstand, zur gewählten Strategie, wenn überhaupt davon die Rede sein kann, sowie zu den vermuteten Unzulänglichkeiten der CS-Überwachung auf nationaler Ebene dürften deshalb weiterhin im Dunkeln bleiben. Doch nur mit einer tiefgreifenden, rigorosen und transparenten Abklärung kann eine tragfähige Basis für eine Re-Regulierung des schweizerischen Finanzplatzes entstehen. Markant höhere Eigenmittel und anspruchsvollere Liquiditätsversorgung sind unumgänglich.

Entscheidend ist aus unserer Sicht die Etablierung von Sollbruchstellen bei der UBS, die Risiken eingrenzen und bessere Lösungs-



ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREEE GRAFIK

**NO
DEAL**

möglichkeiten im Krisenfall bringen. Die Notwendigkeit eines veritablen Sprunges beim behördlichen Krisenmanagement dürfte schwerlich zu bestreiten sein, denn dieses genüge den minimalen Anforderungen beim CS-Crash in keiner Weise. Alle Informationen müssen zugänglich werden, die dringlichen Diskussionen sind breit sowie vor allem gründlich zu führen und sollten nicht von den Bankenvertreter:innen dominiert werden. Zu befürchten ist indessen, dass viel Zeit verschwendet wird und wegen der liberalen Regulierungsabneigung wenig herauskommt.

... Transformation des schweizerischen Finanzplatzes
Gewichtiger ist für uns freilich eine emanzipatorische, sozioökologische Transformation des schweizerischen Finanzplatzes. Dabei geht es um die Abkehr vom global ausgerichteten Bankengeschäft einer möglichst hohen Abschöpfung

des weltweit erzeugten Mehrwerts hin zu einer schnellen und soliden Finanzierungsperspektive für die dringend notwendigen, aber ebenfalls hohen Investitionen zur Bewältigung der mit der Klimaerhitzung verbundenen Herausforderungen. Die Abkehr von fossilen Energieträgern kommt global viel zu langsam voran und wird nach wie vor von beträchtlichen und inakzeptablen Subventionen für Kohle, Gas und Erdöl begleitet. Auch die Atomenergie darf aus den bekannten Gründen wie Verstrahlung bei Unfällen, Lagerung der radioaktiven Abfälle etc. keine Zukunft haben.

Vordringlich ist damit die Schaffung einer schweizerischen Ökobank, die in ein europäisches oder sogar globales Netz von Institutionen zur Bewältigung der Energiewende, zur Sicherstellung des Trinkwassers, zur Eindämmung der Bodendegradation, zur Verringerung des Abfalls und zur Erhaltung der Biodiversität,

um nur die wichtigsten Elemente zu nennen, eingebettet ist. Wie schnell dies in anderen Staaten oder weltweit geht, lässt sich aus der Schweiz nicht beeinflussen. Die Pionierrolle mit einer starken Ökobank dürfte für eine zukunftsfähige Schweiz von höchster Relevanz sein.

Lohn- und Sparkonti für die Arbeitnehmer:innen müssen gesichert und der übliche Zahlungsverkehr garantiert sein; die Staatsgarantie für die UBS sollte sich nur auf diese Bereiche erstrecken. Eine Schweiz ohne Ermottis UBS mit ihren Tentakeln im Schattenbanksystem, den Aktivitäten im spekulativen Hochfrequenzhandel und der Profit- und Boni-Gier wäre wohl risikoloser und besser aufgestellt. Sollte Ermotti wegen einer schärferen Regulierung den Sitz der UBS nach New York verlagern und damit nicht nur mit der Dollarbilanz, sondern definitiv in den USA ankommen, dann wäre dies kein Verlust. Vermutlich wird uns das

Megarisiko UBS bis zum nächsten Crash erhalten bleiben. Zwingend sind daher für die Linke eine genaue Beobachtung der künftigen Geschäftspraktiken der UBS, produktive Debatten über eine Demokratisierung, Transformation und Verstaatlichung in der Finanzsphäre und mindestens eine Eindämmung der beherrschenden Stellung der UBS auf dem schweizerischen Finanzplatz.² ★



Roland Herzog
ist Ökonom und Soziologe sowie ehemaliger Leiter der Unia-Sektion Bern.



Hans Schäppi
ist Historiker, pensionierter Gewerkschaftssekretär und in der internationalen Solidaritätsarbeit aktiv.

² <https://www.denknetz.ch/de/2019/09/04/ubs-und-der-schweizerische-finanzplatz/>

2 Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie bleibt an der Thematik dran und ist bestrebt, eine Online-Debatte auf www.denknetz.ch voranzutreiben.

REZE NSIO NEN



ILLUSTRATION: WWW.ZERSETZER.COM | FREIE GRAFIK

Konzernkritik? Do-it-yourself!

«Power to the people, not corporations. Konzerne recherchieren und Widerstand organisieren» von MultiWatch ist im April 2023 bei edition 8 erschienen.¹ Das Handbuch für Aktivist:innen richtet sich an alle, die sich gegen Konzerne organisieren wollen. In diesem Artikel erzählen wir, wie es zum Buch gekommen ist und was man darin alles nachlesen kann.



MultiWatch
*Power to the People,
not corporations – Konzerne
recherchieren und Widerstand
organisieren*
Verlag: edition 8
2023, 184 Seiten

Die Schweiz ist ein Land der Konzerne. Gerade darum war es ein riesiger Erfolg, als die Mehrheit der stimmenden Bevölkerung 2020 der Konzernverantwortungsinitiative zustimmte. In der ganzen Schweiz hatten mehrere Hundert Lokalkomitees Tausende von Fahnen aufgehängt und Hunderttausende von Flyern verteilt. Im Zuge dieser Graswurzelbewegung entstand bei MultiWatch die Idee dieses Handbuchs, um all diejenigen zu ermutigen, die sich gegen Konzerne organisieren wollen. MultiWatch ist eine Gruppe von Aktivist:innen, die Konzerne mit Sitz in der Schweiz beobachtet und den Kampf der direkt Betroffenen für Gerechtigkeit unterstützt. Auch wollen wir die Rede von den vielen guten und wenigen bösen Konzernen nicht unwidersprochen lassen, sondern um eine antikapitalistische Konzernkritik ergänzen. Konzernmacht ist eine treibende Kraft für die zerstörerischen und ausbeuterischen Verhältnisse in der kapitalistischen Welt – und es ist wichtig, dass ihr von allen Seiten Widerstand entgegenwächst. MultiWatch nahm sich deshalb ein «Do-it-yourself»-Handbuch

der britischen NGO Corporate Watch zum Vorbild² und passte es an schweizerische Gegebenheiten an. Wir ergänzten es zudem um unsere Erfahrungen aus den Kampagnen gegen Nestlé, Glencore, Syngenta und andere multinationale Konzerne. Vor allem aber kamen viele Beiträge von Aktivist:innen verschiedener Gruppen hinzu, die sich in der Schweiz gegen Konzerne organisieren.

Recherchieren für mehr Widerstand

Das Buch richtet sich an Leser:innen, die sich über einen Schweizer Konzern schlau machen und eine internationale Solidaritätskampagne gegen diesen aufbauen wollen. Es soll ein Werkzeugkasten für alle sein, die genau das tun. So beginnt das Buch mit der Recherche über einen Konzern und endet mit verschiedenen konkreten Widerstandsformen.

Unter «Recherche von zu Hause» gibt es zuerst nützliche Tipps für den Umgang mit Quellen und die gezielte Suche nach Informationen im Internet. Wir geben Tipps, wie man die Konzerne zielgerich-

tet googelt, ohne von der Menge der Werbung erdrückt zu werden. Wie man Konzerndokumente in den Schweizer Bibliotheken und Archiven findet, erklärt Christian Koller vom Sozialarchiv. Alex Tiefenbacher vom Online-Magazin Das Lamm weiss, wie man Fragen an die Pressesprecher:innen des Konzerns stellen muss, um nützliche Informationen zu erhalten.

Im Abschnitt «Recherche vor Ort» geht es um die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Konzernmitarbeiter:innen in der Schweiz. Unsere Kritik unterscheidet immer zwischen den Manager:innen in den Topetagen und dem Gros der Lohnabhängigen, die auch nur ihre Rechnungen bezahlen müssen. Simone Wasmann, damals Solidar Suisse, zeigt, wie Betroffene im globalen Süden bei der Kontaktaufnahme geschützt werden können.

Je besser wir den Konzern verstehen, desto zielgerichteter können wir ihn kritisieren. Wie wir uns über Geschäftsfelder, Produkte und Prozesse schlau machen können, schildert MultiWatch am Beispiel

© MultiWatch / edition 8

- 1 MultiWatch: Power to the people, not corporations. Konzerne recherchieren und Widerstand organisieren, Zürich: Edition 8 2023, Broschur, 184 Seiten, CHF 22.00, EUR 22.00 ISBN: 978-3-85990-492-7.
- 2 Corporate Watch: Investigating Companies. A Do-It-Yourself Handbook, 2014, corporatewatch.org/product/investigating-companies-a-do-it-yourself-handbook

unserer Syngenta-Kampagne. Der Journalist Olivier Christe hilft beim Verständnis der Finanzierung der Unternehmen. Eine theoretisch fundierte Anleitung zum Lesen und Verstehen von Geschäftsberichten gibt Magnus Meister von der Unia. Elisabeth Schenk von PublicEye präsentiert ihre Methode und ein Analyseraster für das Aufdecken von Greenwashing durch die Konzerne.

Menschenrechte, Konzernverantwortung und globale Solidarität

Das Buch heisst «Power to the people, not corporations» und setzt wenig Vertrauen in die «Selbstverantwortung» der Konzerne. Yvonne Zimmermann und Silva Lieberherr von solifonds/MultiWatch wurden beide schon von Konzernen zum Gespräch eingeladen. Sie plädieren für Vorsicht. Oft geht es den Public-Relations-Verantwortlichen darum, einen Keil zwischen Unterstützer:innen und direkt Betroffene zu treiben. Es stellt sich die Frage, warum wir hier in der Schweiz mit den Chefetagen verhandeln, während die Konzerne im globalen Süden Verhandlungen mit sozialen Bewegungen ablehnen und Gewerkschaften verbieten. Die Autorinnen diskutieren, wann wir auf solche Gesprächsangebote eingehen und wie wir uns vorbeugen.

“ Die UN-Menschenrechte können auch ein mächtiges Instrument für den Kampf gegen die Macht der Konzerne sein. ”

Multinationale Konzerne, auch aus der Schweiz, haben in den letzten Jahrzehnten die UN-Organe unterwandert, um ihre Macht und Mitsprache zu stärken und die der Staaten zu schwächen. Unter anderem deswegen ist das Konzept der «Konzernverantwortung» sehr ambivalent. Für Konzerne braucht es Gesetze, keine Verantwortung. Die UN-Menschenrechte können auch ein mächtiges Instrument für den Kampf gegen die Macht der Konzerne sein.

Wie das gehen kann, zeigt das Centre Europe-Tiers Monde (CETIM), das sich für die von der Bauerninternationalen Via Campesina postulierte Deklaration für

die Rechte der Kleinbäuer:innen eingesetzt hat, die 2018 von der UN-Generalversammlung angenommen wurde. Raffaele Morgantini von CETIM schildert diesen Kampf und erklärt, wie die Deklaration der Menschenrechte im Kampf gegen die Konzerne eingesetzt werden kann.

Gianina Echevarría und Luis Fernando Ramírez Miranda, Aktivist:innen aus Peru und Kolumbien, erzählen, wie internationale Solidarität aus der Perspektive des globalen Südens aussieht. Beide waren an Arbeitskonflikten mit Tochterunternehmen von Glencore beteiligt und kamen 2022 zur Generalversammlung des Zuger Rohstoffhandelskonzerns in die Schweiz. Sie zeigen auf, welche Unterstützung sie aus der Schweiz erwarten.

Widerstand? Do it yourself!

Die Schweiz ist global ein wichtiges Konzernhauptsitzland und unsere Aufgabe ist es, den globalen Widerstand bis vor die Konzernpforten zu tragen. Das Collective Climate Justice hat seine Klima-Camps deshalb schon mehrere Male vor den Zentralen von Basler Konzernen aufgeschlagen. Drei Aktivist:innen liefern eine umfassende Checkliste, wie jeder ein solches Camp vor einer Konzernzentrale organisieren kann. Ob Camps organisieren, recherchieren und vernetzen oder die Finanzen analysieren – wir wollen all diese Widerstandsformen in unserem Handbuch zusammenbringen und stärken. ★



Silva Lieberherr

ist Agronomin, Aktivistin bei MultiWatch und Vorstandsmitglied der Allianz für Konzernverantwortung.



Ueli Gähler

ist pensionierter Informatiker, Multiwatch-Aktivist und Mitorganisator des «March against Syngenta».

Beide gehörten zum Redaktionsteam des Handbuchs «Power to the People.»

Zeit für einen Wandel

Die heutige Vielfachkrise hat nicht zuletzt damit zu tun, dass wir den Faktor Zeit nicht angemessen berücksichtigen. Die permanente, vom Kapitalismus getriebene Beschleunigung ist nicht nachhaltig und verschafft uns, trotz gegenteiliger Versprechen, keine Freiheit. Das zeigen die Philosophin Eva von Redecker und der Soziologe und Erziehungswissenschaftler Fritz Reheis in ihren neuen Büchern. Und sie legen dar, weshalb und wie der Kampf um andere Gesellschaftsverhältnisse wesentlich auch mit einem anderen Verständnis von Zeit (und Raum) verknüpft ist.

Reheis beginnt sein Buch «Erhalten und Erneuern» mit dem Begriff Nachhaltigkeit. Der Nachhaltigkeitsbegriff taucht heute fast überall auf, nicht selten wird er aber nur oberflächlich und instrumentell, beispielsweise zu Marketingzwecken, gebraucht. Wirkliche Nachhaltigkeit entsteht gemäss Reheis erst im Dreiklang: im klugen Umgang mit der natürlichen Umwelt, der sozialen Mitwelt und der individuellen Innenwelt: «Nachhaltigkeit zielt auf den Frieden – mit der Natur, den Mitmenschen und sich selbst» (S. 19). Jeder dieser drei Dimensionen widmet er ein Kapitel, sie strukturieren das Buch. Entscheidend

ist jedoch nicht nur der Bezug auf diese drei miteinander verbundenen «Welten», sondern die umfassende Berücksichtigung der Zeitdimension. Der Kern der Nachhaltigkeit ist die Wiederholbarkeit.

(Neue) Grenzziehungen

Die Herausforderung sieht Reheis heute darin, das gesamte Leben – individuell und kollektiv, menschlich und nicht-menschlich – (wieder) stärker in (natürlichen) Zyklen, in Kreisläufen zu denken (statt in «Durchläufen») und Gesellschaften entsprechend politisch zu organisieren respektive zu regulieren. Grenzen – neu – zu ziehen, erachtet er als Aufgabe einer solchen «nachhaltigen Zeitpolitik»: Zentral sind Obergrenzen für die Belastung der Natur (Umwelt), aber etwa auch solche für die Ungleichverteilung von Reichtum. Grosszügige Untergrenzen sollen die Grundbedürfnisse aller Menschen absichern, Grenzen der Demokratie sollen ausgeweitet werden (Mitwelt). Und so verstandene Zeitpolitik hat auch die Aufgabe, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die Menschen ein selbstwirksames und reflexives Leben innerhalb ihrer Belastungsgrenzen ermöglichen (Innenwelt).

dentlich auf, auch die Erwerbsarbeitszeitreduktion, die Schaffung eines neuen Zeitwohlstands, wird behandelt. Was die Arbeit von Reheis ausmacht, ist der Blick durch die «Zeitbrille», der sich als roter Faden durch das Buch zieht. Zeitpolitik zielt, das betont Reheis im letzten Kapitel, «auf die umfassende Demokratisierung unseres Lebens und Wirtschaftens» (S. 132). Sie richtet sich also gegen die kapitalistische Profitlogik, die die gesamte Gesellschaft zu durchdringen droht. Es geht darum, das Primat der Reproduktion von Leben zur gesamtgesellschaftlichen Handlungsmaxime zu machen und die Kreislauftauglichkeit bei der Planung und Gestaltung von Institutionen und Prozessen als generellen Massstab zu implementieren.

Bleibe- statt Bewegungsfreiheit?

Eva von Redecker geht in ihrem Buch «Bleibefreiheit» der Verbindung von Freiheit, Zeit und Raum auf den Grund. Ein ganz wesentlicher Aspekt von Freiheit ist normalerweise die Bewegungsfreiheit: Sich frei bewegen zu können, hinzugehen, wohin man möchte – das gehört zum Kern des liberalen Freiheitsverständnisses. Dem stellt von Redecker den Begriff der «Bleibefreiheit» entgegen: die Freiheit, «am gleichen Ort» bleiben zu können. Das hört sich zunächst vielleicht etwas seltsam, fast schon paradox an. Es lohnt sich aber, sich auf diese Idee einzulassen.

Auf der einen Seite die grenzenlose und CO₂-verursachende Mobilität derjenigen, die es sich leisten können und die primär



Fritz Reheis
Erhalten und Erneuern.
Nur Kreisläufe sind nachhaltig,
Durchläufe nicht
VSA: Verlag
Hamburg 2023



Eva Redecker
Bleibefreiheit
S. Fischer Verlag
Frankfurt am Main 2023

“ Könnten wir im Bleiben eine positive Freiheit erkennen? Wie müsste diese Bleibefreiheit aussehen? ”



zum Spass reisen. Ihre respektive unsere Freiheitsverwirklichung trägt zur Klimaerwärmung bei und vernichtet damit Leben und Perspektiven. Könnten wir im Bleiben eine positive Freiheit erkennen? Wie müsste diese Bleibefreiheit aussehen? Auf der anderen Seite die unzähligen Menschen, die bereits heute und zunehmend durch die vielfältigen Folgen des Klimawandels gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Sie hätten gern die Freiheit, zu bleiben.

Mit dem Fokus auf das Bleiben wird bei von Redecker die zeitliche Dimension von Freiheit ins Spiel gebracht: «Denn das Bleiben verlässt das räumlich Imaginäre der liberalen Freiheit und bezieht sich auf die Möglichkeiten der Zukunft. Auf der räumlichen Achse mag keinerlei Freiheit im Bleiben liegen. Aber auf der zeitlichen alle» (S. 12–13). Um die Freiheit mit dem Leben zu verknüpfen, müsse man sie zeitlich denken. Im Buch verwendet von Redecker das schöne Bild der Schwalben, die jährlich wiederkommen und die warme Jahreszeit einläuten – bis sie nicht mehr wiederkommen, weil die komplexen natürlichen Kreisläufe, welche die Reisezyk-

len der Schwalben beeinflussen, durch die Erderhitzung gestört oder gar zerstört werden.

Auch der Tod, der zu jeder zeitlichen Perspektive dazugehört, wird im Buch ausführlich behandelt. Von Redecker begreift ihn als sowohl unerträglich als auch unabänderlich. Und von diesem Spannungsverhältnis ausgehend, versucht sie einen bewussten und emanzipatorischen Umgang mit dem Thema zu skizzieren: «Kann man den Tod als eigenes Ende im Blick halten und dennoch etwas von dieser Unendlichkeit kosten, ohne die wir den Geschmack an der Freiheit verlieren» (S. 64)? Einfach ist das sicher nicht. Ziel muss es sein, die Zeit, die bis zum Tod bleibt, zur erfüllten Zeit zu machen. Erfüllte Zeit ermöglicht es uns, «bleiben zu können, ohne unfrei zu werden» (S. 67), heisst es bei von Redecker.

Die Zeit ernst nehmen

Die Zeit für alle zur erfüllten Zeit zu machen, lautet für von Redecker die Herausforderung. Das ist zunächst – wiederum – nichts Neues, sondern eigentlich eine Konstante linker Politik. Heute braucht diese Politik aber einen neuen Dreh, womit sich auch der Kreis zum Buch von Reheis schliesst: Wir müssen die Zeit ernst nehmen. Es gilt, die natürlichen Zyklen oder Kreisläufe, die die Welt durchziehen – von Redecker spricht von «Gezeiten» – zu respektieren und unsere Entwicklung danach auszurichten. Wollen wir als Menschheit auf dem Planeten Erde *bleiben*, eine Zukunft haben, müssen wir der Natur – wieder – Zeit zur Regeneration zugestehen.

Der Natur und ebenso uns selbst: Auch die Aufwertung der Care- oder Reproduktionsarbeit steht als Forderung dafür.

Von Redeckers Buch ist voller kluger Gedanken und sprachlich ansprechend. Sie verschafft einem durch regelmässige Perspektivenwechsel kontraintuitive Aha-Momente – zumindest ist es mir so ergangen. Was ich etwas vermisst habe, ist die systematische Weiterentwicklung des Arguments und Konzepts der Bleibefreiheit. Wahrscheinlich ist das aber auch die gewählte Form zurückzuführen, die das Anekdotische, persönliche Erlebnisse, mit Grundsätzlichem und Referenzen zu bekannten Philosoph*innen verbindet.

Fritz Reheis bezeichnet die von ihm entwickelte Transformationsperspektive als «konservativ und revolutionär zugleich» (S. 138). Auch Eva von Redeckers Auseinandersetzung mit der Bleibefreiheit lässt sich meiner Ansicht nach treffend damit beschreiben. Inhaltlich gibt es einige Überschneidungen, in Herangehensweise und Stil unterscheiden sich die beiden Autor*innen aber deutlich. Beide zu lesen ist sicher keine falsche Empfehlung. Es ist gut investierte Zeit. ★



Pascal Zwicky

ist wissenschaftlicher Sekretär des Denknetz.



WAHLEN 23

Unsere **grosse Onlinereihe** zu den eidgenössischen Wahlen läuft seit Juni 2023.

Es sind bewegte und unübersichtliche Zeiten, die wir gegenwärtig erleben. Weltweit finden **vielfältige Auseinandersetzungen** um einen weitreichenden **gesellschaftlichen Wandel** statt. Der Rechtsrutsch bei den Wahlen vom Oktober hat einen gerechten und nachhaltigen Wandel hierzulande wieder unwahrscheinlicher werden lassen.

Sicher ist aber auch: Die bisherige «Normalität» der bürgerlichen Wohlstandsinsel **Schweiz ist kein zukunftsfähiges Modell.**

Bisher in der Reihe erschienen:

Nadja Mosimann und Pascal Zwicky | **Die Zukunft gerecht und nachhaltig**

Vania Alleva | **«Verschlafen» können sich nur die Reichen leisten**

Feministisches Streikkollektiv Zürich | **Wir fordern feministische Politik**

Sarah Bütikofer und Werner Seitz | **Die Linke in der Schweiz**

René Levy | **Criser climatique? Mais voyons!**

Nadja Mosimann und Andreas Rieger | **Sorgenbewirtschaftung?**

Jonas Kampus | **Schluss mit Blockadepolitik, konsequente Klimapolitik jetzt!**

Anne-Catherine Menétrey-Savary | **«Les aînées pour la protection du climat»
comptent sur le futur parlement**

Anja Gada und Roxane Steiger | **Sicherheitspolitik: Keine Antworten auf
fehlende Fragen**

Im **Newsletter vom November** schliessen Franziska Ryser (Grüne) und Fabian Molina (SP) die Reihe mit einem Blick auf die kommende Legislatur ab.





WEM GEHÖRT DIE WELT?

EIN ABEND
ZUR WOHN- UND
BODENFRAGE

DONNERSTAG
7. DEZEMBER 2023
19.00 UHR
ZENTRALWÄSCHEREI
NEUE HARD 12
8005 ZÜRICH

MIT IVO BALMER,
SUSANNE SCHMID
UND WEITERE GÄSTE

MODERATION: RONJA JANSEN

Denk
netz

réseau de réflexion
pensieri in rete
think network



WWW.DENKNETZ.CH

Wir feiern!
14. September 2024
Zürich

LINKS SEIT 2004

Wir freuen uns!

16 Uhr · Podium
im Volkshaus

17 Uhr · Fest
auf dem Kanzleiareal
mit Musik,
Essen und Trinken

DAS DENKNETZ WIRD

20

www.denknetz.ch
Newsletter abonnieren:
www.denknetz.ch/newsletter/



SCAN ME

Falls Sie uns im Jubiläumsjahr
mit einer **Spende** unterstützen können,
danken wir herzlich:

Postkonto: 87-450463-8
Denknetz, Postfach, 8036 Zürich
IBAN: CH85 0900 0000 8745 0463 8
BIC: POFICHBEXXX
Vermerk: **Spende Jubiläum**



MITGLIED WERDEN!
MITGLIED WERDEN!
MITGLIED WERDEN!

JETZT!



- Ich werde **Denknetz-Mitglied** und erhalte das aktuelle **Denknetz-Jahrbuch** und das Buch **«Für alle und für alle Fälle»** als Willkommensgeschenk.*
- Bitte schickt mir ___ **Exemplare dieser Zeitung zum Verteilen.**
- Ich bestelle ___ **Exemplare des Buches «Pharma fürs Volk»** zum Vorzugspreis von CHF 17.40 statt CHF 29.– (zuzüglich CHF 2.20 für Porto und Verpackung)

Vorname, Name

Strasse

PLZ, Ort

Mailadresse (bitte deutlich schreiben)

Einsenden an: Denknetz, Postfach, 8036 Zürich oder ein **E-Mail mit obigen Angaben** senden an **info@denknetz.ch**

* Wenn Sie Ihr Willkommenspaket erhalten haben, können Sie in Selbsteinschätzung Ihren Mitgliederbeitrag festlegen: CHF 40.– für Wenig- und Nichtverdienende, CHF 100.– für Normalverdienende und CHF 400.– für Fördermitglieder pro Kalenderjahr.



www.denknetz.ch